

9. Chronologie der Europäischen Integration 1997

Zusammengestellt von TOBIAS SCHUMACHER

Januar

Präsidentschaft

1. Januar: Der Ratsvorsitz der EU geht von Irland an die Niederlande über. Im Mittelpunkt der niederländischen Präsidentschaft steht der Abschluß der Revisionskonferenz zur Überprüfung des EU-Vertrages.

GASP / Jugoslawien

9. Januar: In einer gemeinsamen Erklärung fordern die Fünfzehn die Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien auf, einen konstruktiven Dialog mit der Opposition aufzunehmen und keine Gewalt gegen friedliche Demonstranten und Journalisten anzuwenden.

Europäisches Währungsinstitut (EWI)

10. Januar: Gemäß Art. 109 f Abs. 3 EUV legt das EWI seinen Sonderbericht „Die einheitliche Geldpolitik in Stufe 3 – Festlegung des Handlungsrahmens“ über das zukünftige Europäische System der Zentralbanken vor.

Europäisches Parlament (EP)

13.-17. Januar: In Straßburg findet die Plenartagung des EP statt, bei der Gil-Robles Gil-Delgado mit 338 von 548 Stimmen zum neuen Präsidenten des EP gewählt wird. Des weiteren stehen im Mittelpunkt der Tagung die Aussprache über die Tagung des Europäischen Rates in Dublin, die Bilanz der irischen Ratspräsidentschaft, das Arbeitsprogramm des niederländischen Ratsvorsitzes sowie die Lage in Serbien. Das EP nimmt außerdem Entschlüsse an zur Lage in Serbien, zu den Beziehungen der EU zu Lateinamerika sowie zur Strategie gegenüber den transkaukasischen Republiken.

Ausschuß der Regionen (AdR)

15.-16. Januar: Der AdR tritt zu seiner 16. Plenartagung zusammen, an der auch der portugiesische Präsident Sampaio teilnimmt. Im Mittelpunkt der Tagung steht der Bericht von Kommissionsmitglied Fischler über die Ergebnisse der Konferenz von Cork im November 1996 betreffend die Entwicklung des ländlichen Raums. Der AdR verabschiedet des weiteren Stellungnahmen zur Marktöffnungsstrategie der EU, zur Gemeinsamen Agrarpolitik und der Osterweiterung sowie zur Raumordnung in Europa.

Allgemeine Angelegenheiten

20. Januar: In Brüssel kommen die Außenminister der EU zu einer Tagung zusammen und beraten über folgende Themen: Transatlantische Beziehungen, Folgemaßnahmen zur WTO-Ministerkonferenz, Mittelmeerpolitik der EU, Vorbereitung der EU-ASEAN-Konferenz, EU-ASEM-Meeting, Nahost-Friedensprozeß.

Landwirtschaft

20. Januar: Die Landwirtschaftsminister der EU kommen in Brüssel zusammen und beraten über die Maßnahmen zum Schutz gegen das Verbringen von Schadorganismen der Pflanzen oder Pflanzenerzeugnisse in die Mitgliedstaaten. Weitere Themen des Treffens sind der Bericht der Kommission über die gemeinsame Marktorganisation für Rohtabak, das System zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern sowie die Milchquoten.

Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE)

21. Januar: In Wien kommen Regierungsvertreter der 30 Staaten des KSE-Vertrages zusammen und beraten über eine Anpassung des Vertrages an die geänderte politische Lage in Europa.

Strukturierter Dialog

27. Januar: In Brüssel findet die Gemeinsame Ministertagung der EU und der assoziierten Staaten aus den mittel- und osteuropäischen Ländern statt. Bei den Beratungen geht es insbesondere um die mittelfristige Haushaltspolitik in der EU und den assoziierten Staaten.

Wirtschaft und Finanzen

27. Januar: Tagung der Wirtschafts- und Finanzminister der EU in Brüssel. Zentrale Themen der Zusammenkunft sind das Arbeitsprogramm der niederländischen Ratspräsidentschaft sowie der Kommission, die Finanzhilfe für die Ukraine, die neuen Euro-Münzen und die neuen Mandate für EIB-Darlehen an die mit der EU assoziierten Länder.

Europarat

27.-31. Januar: In Straßburg tagt die Parlamentarische Versammlung des Europarates. Während sich Kommissionspräsident Santer für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Europarat und EU ausspricht, unterstreicht NATO-Generalsekretär Solana in seiner Rede über die neue Sicherheitsstruktur Europas die Notwendigkeit einer Osterweiterung der Atlantischen Allianz.

Europäisches Parlament (EP)

29.-30. Januar: Plenartagung des EP in Brüssel. Tagesordnungspunkte der Sitzung sind die „Flexibilität“ im Rahmen der Regierungskonferenz, die Annahme der Entschließungen zum Rassismus, zur Terrorismusbekämpfung sowie zur Anwendung von Titel VI Art. K9 EUV und der Bericht der Kommission über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

29.-30. Januar: Der WSA tritt zu seiner 342. Plenartagung zusammen und nimmt Stellungnahmen zu folgenden Themen an: Entwicklung des sozialen Dialogs, Grundwasserschutz und Grundwasserbewirtschaftung, Beziehungen der EU zur ASEAN, Normung und Informationsgesellschaft, Düngemittel.

Türkei

29. Januar: In Rom kommen die Außenminister Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Spaniens zu Beratungen mit der türkischen Außenministerin Ciller zusammen. In den Gesprächen geht es insbesondere um die angestrebte EU-Mitgliedschaft der Türkei sowie um die Haltung der Türkei zur Osterweiterung der NATO.

Südosteuropäische Kooperationsinitiative (SECI)

29. Januar: In Genf beraten die Vertreter von elf Balkanstaaten über die Intensivierung der wirtschaftlichen Kooperation und den weiteren Abbau von Zoll- und Handelsschranken.

Australien

29. Januar: Der australische Außenminister Downer kommt in Brüssel mit Vertretern der Kommission zusammen und erörtert mit diesen die laufenden Verhandlungen über ein Handels- und Kooperationsabkommen sowie Fragen der Landwirtschaft, der Energieversorgung und des Handels.

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

30.-31. Januar: In Den Haag findet die Eröffnungskonferenz zum Europäischen Jahr gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit statt. Mit dem Europäischen Jahr sollen insbesondere die in den EU-Mitgliedstaaten eingeleiteten Maßnahmen zur Rassismus-Bekämpfung ergänzt und verstärkt werden.

Bulgarien

30. Januar: Der bulgarische Staatspräsident Stojanov stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab. Bei der Stippvisite geht es insbesondere um die politische und wirtschaftliche Krise in Bulgarien, für die die EU im Rahmen des PHARE-Programms eine Finanzhilfe in Höhe von 20 Millionen ECU zugesagt hat.

Verkehr

31. Januar: In Amsterdam treffen sich die Verkehrsminister der EU und beraten dabei vor

allem über die Position der EU gegenüber der Schweiz, die zum Abschluß eines bilateralen Landabkommens führen soll.

Februar

Industrie

1.-2. Februar: Die für Industriepolitik zuständigen Fachminister der fünfzehn EU-Mitgliedstaaten beraten in Den Haag über die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industriebetriebe.

Rumänien

3. Februar: Der rumänische Staatspräsident Constantinescu stattet Kommissionspräsident Santer sowie Kommissionsmitglied de Silguy einen Besuch ab. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen die politischen und wirtschaftlichen Aufgaben, die Rumänien bewältigen muß, um seinen Beitritt zur EU vorzubereiten.

Ukraine

5. Februar: In Den Haag trifft sich die Troika der EU mit dem ukrainischen Außenminister. Zentrale Themen des Treffens sind der Stand der bilateralen Beziehungen sowie sicherheitspolitische Fragen.

Justiz und Inneres

5.-6. Februar: Die für Justiz und Inneres zuständigen Minister der Union kommen in Noordwijk zu einer Tagung zusammen. Die wichtigsten Themen der Sitzung sind die Rückführung der bosnischen Flüchtlinge in ihre Heimat sowie Fragen zur strukturellen Verbesserung der gemeinsamen Innen- und Rechtspolitik der EU.

EU – ASEAN

13.-14. Februar: In Singapur findet die 12. Ministertagung EU-ASEAN statt. Die Teilnehmer beschließen die Beziehungen zwischen der EU und der ASEAN auszubauen und der Partnerschaft neue Dynamik zu verleihen. Sie weisen außerdem darauf hin, daß der Dialog zwischen der ASEAN und der EU getrennt von dem Dialog zwischen Asien und Europa betrachtet werden muß, bemerken aber in der Schlußerklärung, daß die ASEAN einer der zentralen Pfeiler des europäisch-asiatischen Dialogs bleibt.

GASP / Iran

13. Februar: Anläßlich des achten Jahrestages der Verhängung der Fatwa gegen den iranischen Schriftsteller Salman Rushdie verurteilen die Fünfzehn in einer Gemeinsamen Erklärung das Todesurteil und die damit verbundene Mißachtung der Menschenrechte durch den Iran.

Kommission

13. Februar: In Brüssel stellt die Kommission den Jahreswirtschaftsbericht 1997 vor und skizziert darin die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der EU sowie ihrer Mitgliedstaaten.

Allgemeine Angelegenheiten

14. Februar: Die Außenminister der fünfzehn EU-Mitgliedstaaten kommen in Brüssel zusammen und beraten über Basistelekommunikationsdienste im Rahmen der WTO-Ministerkonferenz.

Telekommunikation

14. Februar: In Genf beraten die für Telekommunikation zuständigen Minister der Gemeinschaft im Rahmen einer Sondertagung über den Abschluß des internationalen Abkommens über Basistelekommunikation als auch über den Streit mit den USA über die Helms-Burton- und D'Amato-Gesetzgebung.

Asia-European-Meeting (ASEM)

15. Februar: In Singapur findet die erste Tagung der Außenminister der an dem Asien-Europadialog teilnehmenden Länder statt. Neben der Festlegung von Leitlinien für den politischen Dialog und eines geeigneten Rahmens für die Zusammenarbeit zwischen den Parteien erörtern die Teilnehmer die Gründung der Asien-Europa-Stiftung zur Förderung des Austauschs zwischen Vertretern der Zivilgesellschaft, Unternehmen und Intellektuellen in Asien und Europa.

EU – Golf-Kooperationsrat (GCC)

17. Februar: In Doha findet die 7. Tagung des gemeinsamen Rates für die Zusammenarbeit zwischen der EU und dem GCC statt. Die Teilnehmer bekräftigen den Ausbau der wirtschaftlichen Kooperation sowie die Wiederaufnahme der Verhandlungen über eine Freihandelszone zwischen den Parteien. Des weiteren kommen vor

allem Probleme des 1988 unterzeichneten Kooperationsabkommens zur Sprache.

Wirtschaft und Finanzen

17. Februar: In Brüssel treffen sich die Wirtschafts- und Finanzminister der EU. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen die Finanzhilfe für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Georgien und Armenien, das Konvergenzprogramm Belgiens sowie die Wirtschaftslage in der EU.

Landwirtschaft

17. Februar: Die Landwirtschaftsminister der EU beraten in Brüssel über die gemeinsame Marktorganisation für Rohtabak, Olivenöl, Milch und Milcherzeugnisse sowie über die EAGFL-Garantie, den Bericht über die Anwendung der Bestimmungen betreffend die Ölsaaten-Vereinbarung und den Stand der Verhandlungen mit Drittländern über den Abschluß von veterinär- und pflanzenschutzrechtlichen Gleichstellungsabkommen.

Europäisches Parlament (EP)

17.-21. Februar: Plenartagung des EP in Straßburg. Zentrales Thema der Debatte ist die Aussprache in Zusammenhang mit den Arbeiten des BSE-Untersuchungsausschusses, bei der Kommissionspräsident Santer darauf verweist, daß seit 1989 sowohl auf nationaler als auch auf Gemeinschaftsebene zahlreiche Maßnahmen zur Ausschaltung gesundheitlicher Risiken getroffen wurden. Der von einigen EP-Abgeordneten eingebrachte Mißtrauensantrag gegen die Kommission wegen ihrer Haltung in der BSE-Krise wird mit 326 Stimmen gegen 118 bei 15 Enthaltungen abgelehnt.

USA

18. Februar: Die amerikanische Außenministerin Albright kommt in Brüssel mit Kommissionsvertretern zusammen. Bei dem Gespräch geht es im wesentlichen um die Umsetzung der Neuen Transatlantischen Agenda, das für Mai 1997 geplante Gipfeltreffen zwischen der EU und den USA, das Helms-Burton-Gesetz sowie um die bilateralen Wirtschafts- und Währungsbeziehungen.

Allgemeine Angelegenheiten

24. Februar: Die fünfzehn Außenminister der EU treffen sich in Brüssel und beraten über die Region der Großen Seen, die Beziehungen der EU zu Albanien und China, die Lage im ehemaligen Jugoslawien, die Vorbereitung der zweiten Ministertagung im Rahmen der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft sowie die Assoziation mit Zypern. Im Rahmen der 10. Ministertagung der Regierungskonferenz geht es des weiteren um Fragen der Innen- und Rechtspolitik.

EU – Bulgarien

25. Februar: In Brüssel tagt der Assoziationsrat EU-Bulgarien vor allem über die bulgarische Wirtschaftskrise und die Möglichkeit einer Bereitstellung einer weiteren Wirtschaftshilfe der EU. Außerdem beraten die Parteien über den Stand der Umsetzung der Beitrittsstrategie und die in diesem Zusammenhang notwendige Reform des öffentlichen Sektors, der Banken und des Agrargewerbes in Bulgarien.

EU – Slowakei

25. Februar: Der Assoziationsrat EU-Slowakei tagt in Brüssel und berät dabei über das geplante Freihandelsabkommen zwischen der Slowakei, Rußland und Kroatien sowie über die Entwicklung der Demokratie in der Slowakei.

EU – Zypern

25. Februar: 18. Tagung des Assoziationsrates EU-Zypern in Brüssel. Unter dem Vorsitz des niederländischen Ratsvorsitzenden Patijn verweisen die Teilnehmer auf den Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs von Dublin, der den Zeitplan für den Erweiterungsprozeß der Gemeinschaft bestätigt hat und im Rahmen des zypriotischen Beitritts zur EU die Möglichkeit eröffnet, eine Lösung des Zypernkonflikts herbeizuführen.

Dialog von San José

25.-26. Februar: In Den Haag findet die 13. Tagung über den politischen Dialog und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Union und den Ländern Zentralamerikas statt. In den Gesprächen geht es vor allem um die jüngsten politischen Entwicklungen, die Konsolidierung von Frieden und Rechtsstaatlichkeit in Zentralamerika, die Anwendung des allgemeinen Präfe-

renzsysteams auf die zentralamerikanischen Länder als auch um eine Intensivierung der bilateralen Kooperation.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

26.-27. Februar: Unter dem Vorsitz von T. Jenkins findet die 343. Plenartagung des WSA statt. Kommissionspräsident Santer erläutert dabei in seiner Rede die drei großen Herausforderungen, die sich der EU stellen: die Wirtschafts- und Währungsunion, die politische Stärkung der EU und ihre Erweiterung. Der WSA nimmt außerdem Stellungnahmen an zur Beweislast bei geschlechtsbedingten Diskriminierungen, zum Universaldienst im Kommunikationsbereich, zum ökologischen Landbau der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sowie zur Steuerung des Fischereiaufwands in der Ostsee.

Zypern

26.-28. Februar: Kommissionsmitglied Van den Broek stattet Staatspräsident Klerides als auch dem Präsidenten der türkisch-zyprischen Gemeinschaft, Denktasch, einen Besuch ab. Bei den Gesprächen geht es um den Beitritt Zyperns zur EU sowie um die internationalen Bemühungen um eine umfassende Regelung der Zypernfrage.

GASP / Israel

27. Februar: In einer gemeinsamen Erklärung bedauern die Fünfzehn den Beschluß der israelischen Regierung, die Bauvorhaben in Har Homa/Jabal Abu Ghneim zu billigen. Sie fordern Israel dazu auf, seine Verpflichtungen gemäß dem Völkerrecht einzuhalten und weisen erneut darauf hin, daß Ostjerusalem und auch alle anderen besetzten Gebiete unter das vierte Genfer Abkommen fallen.

März

Entwicklung

1. März: Die für Entwicklungspolitik zuständigen Minister der EU treffen sich in Amsterdam zu Beratungen. Im Mittelpunkt des Gesprächs stehen die Kohärenz der EU-Politiken, die Konfliktprävention in der Dritten Welt sowie die Beziehungen der EU zu den AKP-Staaten.

GASP / Liberia

2. März: In einer gemeinsamen Erklärung beglückwünschen die Fünfzehn Liberia zu den entscheidenden Fortschritten im Friedensprozeß und würdigen die Rolle, die die Ecomog und die Ecomog sowie die Vereinten Nationen dabei gespielt haben.

Bildung

2.-3. März: In Amsterdam kommen die Bildungsminister der EU zusammen und beraten über das Grünbuch über die Hindernisse für die grenzüberschreitende Mobilität sowie über die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und die Ausbildung von Lehrern.

Umwelt

3. März: Die Umweltminister der fünfzehn EU-Mitgliedstaaten beraten in Brüssel über die Strategie der Gemeinschaft im Bereich Klimaänderungen, über das Aktionsprogramm zur Förderung von hauptsächlich im Umweltschutz tätigen nichtstaatlichen Organisationen, über das Auto-Öl-Programm, über die Besteuerung von Kerosin sowie über die Konferenz über die dauerhafte Entwicklung von Inseln.

EU – Rußland

3. März: In Moskau treffen sich Kommissionsvertreter mit dem russischen Staatspräsidenten Jelzin und dem russischen Ministerpräsidenten Tschernomyrdin. Im Mittelpunkt des Besuchs stehen die Gespräche über den Ausbau der Handelsbeziehungen, den Beitritt Rußlands zur WTO, die Erhöhung der Investitionen in Rußland. Des weiteren beschließen die Parteien, eine Konferenz von Vertretern der russischen Industrie und der EU einzuberufen, um die Kooperation in diesem Sektor zu intensivieren.

Strukturierter Dialog

3. März: Die Umweltminister der Union kommen im Rahmen des Strukturierten Dialogs mit ihren Amtskollegen aus den assoziierten mitteleuropäischen Staaten zusammen. Dabei erörtern sie mehrere Punkte: die Förderung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Klimaänderungen unter besonderer Berücksichtigung der kurzfristigen Nutzen; die Koordinierung der Standpunkte der assoziierten Länder und der EU-Staaten; die gemeinsam durchgeführten Tätigkeiten

als Instrumente zur Bekämpfung der Klimaänderungen; die stärkere Betonung der Energiesparprogramme im Aufgabenbereich der internationalen Finanzinstitutionen.

Informationsgesellschaft

5. März: Die Kommission nimmt den „Aktionsplan der EU: Satellitenkommunikation in der Informationsgesellschaft“ an. Die Mitteilung enthält einen Plan zur Stärkung der Position der EU und zur Entwicklung einer Strategie im Bereich der Satellitenkommunikationsdienste und -industrie.

Interparlamentarischer Dialog

5.-6. März: In Brüssel findet das 4. Treffen der Präsidenten der nationalen Parlamente der zehn assoziierten mittel- und osteuropäischen Länder mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Gil-Robles, statt. Die beiden wichtigsten Themen sind dabei der Stand der Regierungskonferenz sowie die Fortschritte bei der Umsetzung der Beitrittsstrategie.

Telekommunikation

6. März: Die für Telekommunikation zuständigen Minister der Gemeinschaft beraten in Brüssel über die Genehmigungen für die Erbringung von Telekommunikationsdiensten sowie über den Sprachtelefondienst und Universaldienst (Grundversorgung) im Telekommunikationsbereich in einem wettbewerbsorientierten Umfeld.

GASP / Albanien

7. März: Die Fünfzehn äußern sich in einer Gemeinsamen Erklärung besorgt über die Lage in Albanien und die möglichen Auswirkungen auf die Region. Sie rufen alle Parteien dazu auf, die Menschenrechte einschließlich der Minderheitenrechte und die Grundfreiheiten zu achten und fordern des weiteren alle politischen Kräfte dazu auf, in einen Dialog einzutreten, damit die Krise so bald wie möglich beigelegt wird.

Marokko

7. März: Kommissionsvizepräsident Marín stattet der marokkanischen Regierung in Rabat einen Besuch ab. Dabei unterzeichnen die beiden Parteien ein Finanzierungsabkommen über die

Strukturanpassungsfazilität, das für Marokko eine Finanzhilfe in Höhe von 120 Mio. ECU vorsieht.

Europäisches Parlament (EP)

10.-14. März: Plenartagung des EP in Straßburg. Die viertägige Debatte ist geprägt von den Aussprachen zum Bericht des Untersuchungsausschusses über das gemeinschaftliche Versandverfahren, über die Haushaltsleitlinien für 1998, über die Erfahrungen beim Klonen sowie über die Schließung der Renault-Werke in Vilvoorde. Das EP nimmt des weiteren Entschlüsse an über die Fortsetzung der Europa-Mittelmeer-Konferenz, zu Tibet, zum Friedensprozeß im Nahen Osten, zum Kosovo, zur Lage der Menschenrechte in Argentinien, zur Verletzung der Rechte von Frauen sowie zur Regierungskonferenz.

GASP / FYROM

11. März: In einer Gemeinsamen Erklärung bringen die Fünfzehn ihre tiefe Besorgnis über die Schüler- und Studentenunruhen in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (FYROM) zum Ausdruck. Sie rufen alle politischen Kräfte dazu auf, in friedlicher und demokratischer Weise zusammenzuarbeiten, um eine Lösung für die noch existierenden Probleme herbeizuführen.

Verkehr

11. März: Die Verkehrsminister der fünfzehn EU-Mitgliedstaaten beraten in Brüssel über die Einschränkung des Betriebs bestimmter Flugzeuge, über den Einsatz der Telematik im Straßenverkehr, über die Besteuerung von Flugtreibstoff, über die Eurovignette sowie über Klimaänderungen.

GASP / Tadschikistan

12. März: Die Fünfzehn begrüßen in einer Gemeinsamen Erklärung das Ergebnis der letzten Gespräche zwischen der tadschikischen Regierung und der Opposition. Sie geben ihrer Ansicht Ausdruck, daß der Erfolg des Friedensprozesses in Tadschikistan für die Stabilisierung der gesamten zentralasiatischen Region sowie für die Sicherheit der Bevölkerung von entscheidender Bedeutung ist.

Ausschuß der Regionen (AdR)

12.-13. März: In Brüssel findet die 17. Plenartagung des AdR statt. Unter dem Vorsitz von P. Maragall hat der AdR Stellungnahmen zu folgenden Themen abgegeben: Grünbuch „Bildung – Berufsbildung – Forschung: Hindernisse für die grenzüberschreitende Mobilität“, Regionale Naturparks, Kormoranproblematik, Interkultureller Unterricht, sechster und siebter Jahresbericht über die Strukturfonds, Umweltcharta der europäischen Regionen.

Strukturierter Dialog

13. März: Im Rahmen des Strukturierten Dialogs kommen in Brüssel die für den Binnenmarkt zuständigen Minister der EU-Staaten mit ihren Amtskollegen aus den assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas zusammen. In den Gesprächen geht es insbesondere um die von den assoziierten Ländern bei der Umsetzung der Empfehlungen des Weißbuches erzielten Fortschritte, um die Angleichung der Rechtsvorschriften sowie um die Tätigkeit des Amtes für den Informationsaustausch über technische Hilfe.

Binnenmarkt

13. März: Die für den Binnenmarkt zuständigen Minister aus den fünfzehn EU-Staaten beraten in Brüssel über diätetische Lebensmittel, die Höchstgeschwindigkeit von Zugmaschinen sowie über den Strukturierten Dialog mit den assoziierten Staaten aus Mittel- und Osteuropa.

Umwelt und Fischerei

13.-14. März: In Bergen treffen sich die Umwelt- und Fischereiminister aus der EU, Norwegen und den Nordsee-Anrainerstaaten. Zentrales Thema der Zusammenkunft ist die Umweltproblematik der Nordseefischerei und die Initiierung entsprechender Maßnahmen.

Arbeit und Soziales

14.-15. März: Tagung der Arbeits- und Sozialminister der EU in Rotterdam. Unter dem Vorsitz des niederländischen Ratspräsidenten Melkert beraten die Teilnehmer über das Engagement zugunsten der Beschäftigungslage, die Schließung des Renault-Werkes Vilvorde, die Kennzeichnung von Rindfleisch und Rindfleischerzeugnissen, die Zukunft der

Gemeinsamen Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse sowie über die EAGFL-Garantie.

Allgemeine Angelegenheiten

15.-16. März: In Appeldoorn kommen die Außenminister der fünfzehn EU-Staaten zu einer informellen Tagung zusammen. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen die Osterweiterung der EU, die Beziehungen der EU zur Türkei, die Entwicklungen in Zaire, die Lage in Albanien sowie die Regierungskonferenz.

GASP / Zaire

15. März: In einer Gemeinsamen Erklärung bekräftigen die Fünfzehn ihre Unterstützung für die Bemühungen des UN/OAU-Sonderbeauftragten für die Region der Großen Seen, eine friedliche Lösung des Konflikts in Zaire herbeizuführen.

EU – AKP

17.-20. März: In Brüssel kommen die Vertreter der Union mit ihren Kollegen aus den AKP-Staaten zu der Paritätischen Versammlung AKP-EU zusammen. Die wesentlichen Themen der Debatte sind die Änderung des Lomé-Abkommens IV, der Beitritt Südafrikas zu dem Abkommen, das Grünbuch über die Beziehungen zwischen der EU und den AKP-Staaten, die regionale Zusammenarbeit zwischen den AKP-Ländern sowie die Lage in mehreren afrikanischen Staaten.

Wirtschaft und Finanzen

17. März: Tagung der Wirtschafts- und Finanzminister in Brüssel. Die wichtigsten behandelten Punkte des Treffens sind das Konvergenzprogramm Deutschlands, das überarbeitete Konvergenzprogramm Frankreichs, die Finanzhilfe für Rumänien sowie die Zuverlässigkeitserklärung des Rechnungshofes zu den Vorgängen im Rahmen des Gesamthaushaltsplans für das Jahr 1995.

Landwirtschaft

17.-19. März: Unter dem Vorsitz des niederländischen Ratsvorsitzenden van Aartsen beraten die Landwirtschaftsminister der EU in Brüssel über das System zur Kennzeichnung und Registrie-

rung von Rindern, die Maßnahmen und Ausgleichshilfen bei spürbaren, sich auf die landwirtschaftlichen Einkommen auswirkenden Aufwertungen, die Strategie der EU für den Blumenhandel sowie über den Strukturierten Dialog.

Strukturierter Dialog

18. März: Im Rahmen des Strukturierten Dialogs tagen die Landwirtschaftsminister der EU mit ihren Amtskollegen aus den assoziierten mittel- und osteuropäischen Staaten in Brüssel. Dabei geht es insbesondere um die Fortschritte, die die assoziierten Länder bei der Anpassung ihrer Rechtsvorschriften und ihrer Kontroll- und Inspektionsverfahren an die Binnenmarktanforderungen im Bereich des Veterinär- und Pflanzenschutzrechts erzielt haben.

G24

19. März: In Brüssel tagen die Vertreter der Gruppe der 24 Industrieländer unter dem Vorsitz der Kommission. Dabei verpflichten sie sich, Rumänien 145 Mio. US\$ zur Stützung der Zahlungsbilanz zu gewähren.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

19.-20. März: Unter dem Vorsitz von T. Jenkins findet die 344. Tagung des WSA statt. Neben einer Rede des Vorsitzenden des WSA-Ausschusses für Beschäftigung und Arbeitsmarktpolitik, Borstlap, über die Beschäftigungssituation in Europa, nimmt der WSA Stellungnahmen zu folgenden Themen an: die Herausforderung für die Rüstungsindustrie, die Beziehungen der EU zu China, der Freiwilligendienst für Jugendliche, der siebte Jahresbericht des Kohäsionsfonds.

EGKS

19. März: In Luxemburg findet die 334. Tagung des Beratenden EGKS-Ausschusses statt. Beherrschendes Thema ist die Wahl von R. Vondran zum Präsidenten sowie die Wahl des Büros des Beratenden Ausschusses für das Geschäftsjahr 1997/98.

EGKS

20. März: Unter dem Vorsitz von R. Vondran findet in Luxemburg die 335. Tagung des Beratenden EGKS-Ausschusses statt. Die behandelten Punkte sind die etwaige Zuweisung einer Finanz-

hilfe aus der EGKS-Umlage zur Finanzierung von Vorhaben der Technischen Forschung Stahl und von Pilot- bzw. Demonstrationsvorhaben Stahl, die Fortschritte in den Verhandlungen über neue EGKS-Handelsabkommen mit der Russischen Föderation und der Ukraine, die Tätigkeiten der EGKS in bezug auf die Anpassungshilfen für Arbeitnehmer 1994-1995.

Strukturierter Dialog

24. März: In Brüssel kommen die Außenminister der EU im Rahmen des Strukturierten Dialogs mit ihren Kollegen aus den assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas zusammen und beraten über den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den Parteien in internationalen Organisationen.

EU – Rumänien

24. März: Der Assoziationsrat EU-Rumänien tagt in Brüssel. Dabei geht es um den Stand der bilateralen Beziehungen, die Strategie zur Vorbereitung des Beitritts Rumäniens zur EU sowie um die regionale Kooperation zwischen Rumänien und seinen Nachbarländern.

Allgemeine Angelegenheiten

24. März: Die fünfzehn Außenminister der EU-Staaten beraten in Brüssel vor allem über die Informationstechnologien, die Lage in Albanien, Südafrika sowie über den Strukturierten Dialog mit den assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas.

Regierungskonferenz

25. März: Anlässlich des 40. Jahrestages der Römischen Verträge findet in Rom die elfte Tagung auf Ministersebene im Rahmen der Regierungskonferenz statt. Zentrale Themen der Beratungen sind institutionelle Fragen, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Zusammenarbeit innerhalb der dritten Säule, im Bereich Justiz und Inneres.

April

Wirtschaft und Finanzen

4.-6. April: In Noordwijk beraten die fünfzehn Wirtschafts- und Finanzminister der EU über den Stabilitäts- und Vertrauenspakt, über den Wechselkursmechanismus sowie über einen Zeitplan

für die Auswahl der Teilnehmerländer an der WWU.

Allgemeine Angelegenheiten

6.-7. April: Die Außenminister der EU treffen sich in Noordwijk und beraten über die Fortschritte der Regierungskonferenz. Zentraler Themenschwerpunkt ist dabei ein Vorschlag der italienischen Regierung zur Verkleinerung der Kommission und der Veränderung der Stimmgewichtung im Rat.

EU – Rio-Gruppe

7.-8. April: Die siebte institutionalisierte Ministertagung der EU und der Rio-Gruppe findet in Noordwijk statt. Die Teilnehmer verabschieden ein gemeinsames Schlußdokument, in dem sie ihrem Interesse Ausdruck verleihen, eine Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der beiden Regionen einzuberufen. Ferner sprechen sie sich darin für eine nachhaltige Entwicklung unter Einbeziehung der wirtschaftlichen, sozialen, technologischen und ökologischen Aspekte aus sowie dafür, die wirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen zu intensivieren.

EU – Mercosur

7. April: In Noordwijk findet die zweite Ministertagung der EU und des Mercosur statt. Auf der Tagung bekräftigen die Teilnehmer, daß die Wahrung der Menschenrechte, der demokratischen Grundsätze und der demokratischen Institutionen eine zentrale Voraussetzung für den Integrationsprozeß ist. Ferner beschließen sie, ihre wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit auszubauen und sich für das Konzept eines offenen Regionalismus einzusetzen.

EU – Chile

7. April: Im Rahmen des in der Gemeinsamen Erklärung von 1995 festgelegten politischen Dialogs findet in Noordwijk das Ministertreffen zwischen Vertretern der EU und Chiles statt. Behandelt werden in den Gesprächen insbesondere das neue Kooperationsabkommen, der Stand des regionalen Integrationsprozesses sowie die Beziehungen Chiles zum Mercosur als auch zu den Vertragsparteien des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens.

EU – Mexiko

7. April: Ministertreffen zwischen der EU und Regierungsvertretern Mexikos in Noordwijk. Zentrales Thema der Beratungen ist der Stand der Verhandlungen über das neue Kooperationsabkommen zwischen den beiden Parteien.

Europäisches Parlament (EP)

7.-11. April: Plenartagung des EP in Straßburg. Die viertägige Debatte wird beherrscht von der Aussprache über die gentechnische Veränderung von Mais und Organismen, über das Auto-Öl-Programm, über Emissionen von Kraftfahrzeugen sowie über die Lage in Albanien, den Friedensprozeß im Nahen Osten und die Übergabe Hongkongs an die Volksrepublik China. Das EP erteilt außerdem im Bereich Haushalt der Kommission Entlastung für die Ausführung des Gesamthaushaltsplans der EU für das Haushaltsjahr 1995. Des weiteren äußert sich das EP zur geschlechtsbedingten Diskriminierung, zum Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene sowie zur Eigenkapitalausstattung von Wertpapierfirmen und Kreditinstituten.

EU – Andengemeinschaft

8. April: In Noordwijk kommt die Ministertagung EU-Andengemeinschaft zusammen. Bei den Gesprächen begrüßen beide Parteien die Institutionalisierung eines politischen Dialogs, die Ausdehnung der Handelspräferenzen auf die Agrar- und Fischereierzeugnisse der Andenstaaten sowie die Finanzierung von Programmen zur Unterstützung der Andengemeinschaft.

GASP / Kambodscha

9. April: In einer Gemeinsamen Erklärung äußern die Fünfzehn ihre Besorgnis über das gewaltsame Vorgehen gegen friedliche Demonstranten in Phnom Penh und fordern die kambodschanische Regierung dazu auf, die verantwortlichen Täter vor Gericht zu stellen.

G24

9. April: Die Geberländer der Gruppe von 24 Industriestaaten für Bulgarien kommen in Brüssel zusammen. Dabei einigen sie sich darauf, dem Land eine Finanzhilfe in Höhe von 400 Millionen Dollar zu gewähren.

Verbraucherschutz

10. April: In Luxemburg tagen die für den Verbraucherschutz zuständigen Minister der EU. Dabei beraten sie über Verbraucherkredite, Unterlassungsklagen auf dem Gebiet des Schutzes der Verbraucherinteressen, die Ernährungssicherheit, das Programm Ehläss sowie über Kraftfahrzeugversicherungen.

GASP / Iran

10. April: In einer Gemeinsamen Erklärung verurteilen die Fünfzehn die iranischen Behörden, die nach der Auffassung des „Mykonos-Urteils“ in terroristische Aktivitäten verwickelt waren und veranlassen daher die Abberufung der Botschafter aus dem Iran.

Rumänien

10. April: Kommissionspräsident Santer trifft in Bukarest zu Gesprächen mit der rumänischen Staatsführung zusammen und erörtert dabei die Fortsetzung der Finanzhilfe für Rumänien sowie die Gewährung von 30 Mio. ECU im Rahmen des PHARE-Programms.

Korea

11. April: In Brüssel unterzeichnen Vertreter der EU und Südkoreas ein Abkommen zur Zollkooperation. Dieses Abkommen ist das erste dieser Art, das die EU mit einem asiatischen Staat abschließt.

Fischerei

14.-15. April: Die fünfzehn für Fischerei zuständigen Minister der EU tagen in Luxemburg. Sie beraten über das mehrjährige Ausrichtungsprogramm MAP IV, die Zuteilung von skandinavischem Atlantikhering, autonome Zollkontingente sowie über die Umstellung bestimmter Fischereitätigkeiten italienischer Fischer.

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE)

14.-15. April: In London findet die Jahresversammlung der Gouverneure der EBWE statt. Dabei geht es um die Tätigkeiten der EBWE zur Unterstützung des Reformprozesses in Mittel- und Osteuropa und den Nachfolgestaaten der UdSSR.

GASP / Ecuador, Peru

15. April: In Den Haag veröffentlichen die Fünfzehn eine Gemeinsame Erklärung, in der sie das Treffen der Regierungen Perus und Ecuadors zum Zweck der Aufnahme von Sachgesprächen über die Grenzstreitigkeiten beider Länder begrüßen. Sie äußern darin ihre Überzeugung, daß mit dem Treffen eine Grundlage für die endgültige Beilegung der Streitigkeiten geschaffen werden kann.

Europäisches Währungsinstitut (EWI)

15. April: In Frankfurt legt das EWI seinen Jahresbericht für 1996 vor. Darin analysiert das EWI die wirtschaftliche, monetäre und finanzielle Lage in Europa und berichtet über seine Aktivitäten zur Vorbereitung der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion, insbesondere über die Durchführung statistischer Arbeiten und die Errichtung des Europäischen Systems der Zentralbanken.

Europa-Mittelmeer-Konferenz

15.-16. April: Im Rahmen der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft findet in La Valletta die zweite Konferenz der EU und der Partnerstaaten des Mittelmeerraumes statt. Zentrales Thema der Konferenz ist die Erarbeitung einer Zwischenbilanz der Maßnahmen, die im Rahmen des Prozesses von Barcelona in den Bereichen Politik, Wirtschaft, sozialer und kultureller Dialog umgesetzt wurden. Dominiert wird die Konferenz aber von dem Nahost-Friedensprozeß.

Arbeit und Soziales

17. April: Die Arbeits- und Sozialminister der EU beraten in Luxemburg über das Arbeitsprogramm des Ausschusses für Beschäftigung und Arbeitsmarkt, die Beweislast bei Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, die Arbeiten der Davignon-Gruppe sowie über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg.

WTO

18. April: Die Regierungsvertreter der fünfzehn EU-Staaten beschließen in Brüssel die Beilegung des Konflikts über das Helms-Burton-Gesetz und bewirken damit die Aussetzung des dafür eingerichteten Panels in der WTO.

Landwirtschaft

21.-22. April: Die fünfzehn Agrarminister der EU tagen in Luxemburg. Die wichtigsten behandelten Punkte des Treffens sind: Kennzeichnung und Registrierung von Rindern und Etikettierung von Rindfleisch, Zuteilung von skandinavischem Atlantikhering und Stöcker, Lage am Kälbermarkt, Festsetzung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und flankierende Maßnahmen.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

23.-24. April: Unter dem Vorsitz von T. Jenkins findet die 345. Plenartagung des WSA statt. Abgesehen von dem Vortrag von Kommissionsmitglied Monti zu den Grundzügen des Aktionsplans für die Errichtung des Binnenmarktes, nimmt der WSA Stellungnahmen an zur Wirkung und Wirksamkeit der Binnenmarktmaßnahmen, zur Erdöl- und Dieselqualität, zum Grünbuch „Energie“, zur Entwicklung der Forstpolitik sowie zur Durchführung des Umweltrechts der Gemeinschaft.

Europäisches Parlament (EP)

23.-24. April: Plenartagung des EP in Brüssel. Beherrschende Punkte der zweitägigen Debatte sind die Einsetzung eines nichtständigen Untersuchungsausschusses für BSE, die Vorstellung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik in der aktuellen Debatte mit der Kommission sowie die Annahme von Entschlüssen zur Lage im Nahen Osten und zum Kooperationsabkommen mit Chile.

EU – AKP

24.-25. April: In Luxemburg tagt der AKP-EWG-Ministerrat. Im Mittelpunkt der zweitägigen Debatte stehen die förmliche Annahme des Protokolls über den Beitritt Südafrikas zum geänderten Abkommen von Lomé und die Annahme einer Erklärung, in der eine Beilegung des Konflikts in Zaire gefordert wird.

Industrie

24. April: Die Industrieminister der Union beraten in Luxemburg. Dabei geht es um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie, die Mitteilung über Informations- und Kommunikationstechnologien, den Schiffbau sowie die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen.

Soziales

24.-26. April: In Den Haag tagen die Sozial- und Innenminister der EU und verabschieden dabei einen Aktionsplan gegen den organisierten Frauenhandel.

Europarat

28. April: In Luxemburg findet die neunte Viertagung EU-Europarat statt. Dabei geht es insbesondere um die Perspektiven der Regierungskonferenz, die Vorbereitung des zweiten Gipfels des Europarates, die Hilfe für die mit der EU assoziierten mittel- und osteuropäischen Staaten sowie um die Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Kultur, Justiz und Inneres.

Justiz und Inneres

28. April: Die Justiz- und Innenminister der EU beraten in Luxemburg ausschließlich über den Bericht der hochrangigen Gruppe über organisierte Kriminalität.

Allgemeine Angelegenheiten

29.-30. April: Die fünfzehn Außenminister der EU beraten in Luxemburg. Die wichtigsten Tagesordnungspunkte sind die Einführen von Textilwaren aus Drittländern, der Assoziationsrat EU-Türkei, die Beziehungen der Union zu Albanien, die Region der Großen Seen, die Beziehungen zu Iran und Belarus sowie die Wahlen in Kroatien.

Regierungskonferenz

29.-30. April: Zwölfte Sitzung auf Ministerebene im Rahmen der Regierungskonferenz zur Überprüfung des EU-Vertrages. Zentrale Themen der zweitägigen Zusammenkunft sind die Außenpolitik und die gemeinsame Sicherheit sowie institutionelle Fragen.

FYROM

29. April: In Luxemburg unterzeichnen die Vertreter der EU und der Ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien ein Verkehrsabkommen sowie ein Handels- und Kooperationsabkommen mit Finanzprotokoll.

EG-Türkei

29. April: In Luxemburg tagt der Assoziationsrat EG-Türkei. Unter dem Vorsitz des niederländischen Außenministers und Ratsvorsitzenden Van Mierlo erklären die EU-Vertreter, daß die Türkei für eine Mitgliedschaft in der EU prinzipiell in Frage kommt. Sie betonen, daß die Türkei nach denselben objektiven Normen und Kriterien beurteilt wird wie die übrigen Beitrittskandidaten. Für eine Vertiefung der Beziehungen fordern sie aber von der Türkei eine verbesserte Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit.

EU – Kambodscha

29. April: In Luxemburg unterzeichnen die Vertreter der EU und Kambodschas ein auf fünf Jahre angelegtes Kooperationsabkommen, das sich auf die Achtung der Menschenrechte stützt und Suspensivklauseln enthält, die es beiden Vertragsparteien ermöglichen, im Falle der Nichtbeachtung der Menschenrechte die Verträge auszusetzen.

EU – Laos

29. April: Die Vertreter der EU unterzeichnen mit ihren Amtskollegen aus der Demokratischen Volksrepublik Laos ein Kooperationsabkommen, das eine Laufzeit von fünf Jahren hat und als Hauptziele den Ausbau der Zusammenarbeit und die Förderung des Handels zwischen beiden Parteien vorsieht.

Gemeinsame Sicherheitspolitik

29. April: Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten beschließt eine Gemeinsame Aktion gemäß Artikel J.3 EUV betreffend den Beitrag der EU zu stärkerer Transparenz bei Ausfuhrkontrollen im Zusammenhang mit Kernmaterial.

EU – Ungarn

30. April: In Luxemburg tagt der Assoziationsrat EU-Ungarn. Der Rat begrüßt dabei die Fortschritte bei der Beteiligung Ungarns an den Gemeinschaftsprogrammen im Bereich der Humanressourcen. Außerdem weisen die Teilnehmer darauf hin, daß die ungarischen Wirtschaftsreformen, insbesondere im Agrar- und Sozialsektor fortgesetzt werden müssen.

EU – Polen

30. April: Tagung des Assoziationsrates EU-Polen. Bei den Beratungen in Luxemburg geht es insbesondere um die Umstrukturierung des polnischen Stahlsektors, die Investitionen im Automobilbereich sowie um den Zugang polnischer Agrarprodukte zum Gemeinschaftsmarkt.

EU – USA – Kanada – Japan

30. April-2. Mai: In Toronto beraten die Regierungsvertreter der EU, USA, Japans und Kanadas über die Finanzdienstleistungen, die Agenda der übrigen in den Übereinkünften der WTO vorgesehenen Verhandlungen sowie über die künftige Liberalisierung des Welthandels.

Mai

Europarat

5.-6. Mai: In Straßburg kommen die Außenminister der Mitgliedstaaten des Europarates zusammen. Dabei geht es in erster Linie um die Vorbereitung des zweiten Gipfeltreffens des Europarates im Oktober in Straßburg.

Europäisches Parlament (EP)

12.-16. Mai: Plenartagung des EP in Straßburg. Zentrales Thema der viertägigen Debatte ist die Aussprache über die Außenbeziehungen der EU. Tagesordnungspunkte sind daher das WTO-Panel für Bananen, die Lage in Zaire, die regionale Zusammenarbeit im ehemaligen Jugoslawien, die Lage in Indonesien, die Menschenrechte in Vietnam sowie die Hungerkatastrophe in Nordkorea.

Wirtschaft und Finanzen

12. Mai: Tagung der Wirtschafts- und Finanzminister der EU in Brüssel. Zentrale Themen der Beratungen sind das Konvergenzprogramm Portugals und Spaniens, die Empfehlungen für Entscheidungen über das übermäßige Defizit in den Niederlanden und in Finnland sowie Vorschläge für Empfehlungen für Entscheidungen über das übermäßige öffentliche Defizit in Belgien, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Österreich, Portugal und Schweden.

Westeuropäische Union (WEU)

12.-13. Mai: In Paris treffen sich die Außen- und Verteidigungsminister der WEU und beschließen, einen eigenen WEU-Militärausschuß zu errichten. Außerdem beraten sie über die Rolle der WEU als europäisches Verteidigungsbündnis und den möglichen Zusammenschluß von EU und WEU.

Europa-Mittelmeer-Energieforum

13. Mai: Im Rahmen der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft findet in Brüssel die erste Sitzung des EU-Mittelmeer-Energieforums statt. Im Mittelpunkt der Tagung steht der Meinungsaustausch der Parteien über die energiepolitische Situation und die Aussichten für die Zukunft. Sie beschließen des weiteren die Erweiterung der transeuropäischen Energienetze auf das Mittelmeer sowie die Vertiefung der Zusammenarbeit in der Forschung und der Industrie.

Strukturierter Dialog

14. Mai: In Brüssel beraten die Forschungsminister der EU zusammen mit ihren Amtskollegen aus den assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas im Rahmen des Strukturierten Dialogs. Wichtigster Tagesordnungspunkt ist das Fünfte Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung.

Forschung

14.-15. Mai: Die Forschungsminister der fünfzehn EU-Mitgliedstaaten beraten in Brüssel über den Aktionsplan für Innovation, das Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit den USA sowie über die Datenautobahn für die Forschung in Europa.

EU – Republik Moldau

15. Mai: In Brüssel unterzeichnen die Vertreter der EU und der Republik Moldau ein Protokoll zum Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit. Durch dieses Protokoll werden Österreich, Finnland und Schweden Vertragsparteien des 1994 unterzeichneten Abkommens.

Europa der Regionen

16.-17. Mai: In Amsterdam findet das Europäische Gipfeltreffen der Regionen und Städte statt. Auf der Tagung, an der auch Kommissionsmit-

glied Wulf-Mathies teilnimmt, verabschieden die Teilnehmer ein Schlußdokument, in dem sie verlangen, daß sich die EU stärker als bislang auf die Regionen und Städte Europas stützen müsse. Zur Stärkung der subnationalen Gebietskörperschaften fordern sie eine striktere Anwendung des Subsidiaritätsprinzips und eine Stärkung der Strukturfonds.

GASP / Albanien

16. Mai: In Den Haag und Brüssel veröffentlichen die Fünfzehn eine Gemeinsame Erklärung, in der sie ihre ernste Besorgnis über die Lage in Albanien äußern. Sie fordern die politischen Parteien in Albanien dazu auf, in bezug auf das Wahlgesetz, den freien Zugang zu den Medien und die Beteiligung an den Wahlen zu einer Einigung zu gelangen.

GASP / Türkei

16. Mai: Die Fünfzehn veröffentlichen in Den Haag und Brüssel eine Gemeinsame Erklärung, in der sie sich besorgt darüber äußern, daß die Türkei erneut in den Norden Iraks eingedrungen ist. Sie weisen erneut darauf hin, daß eine Lösung der Kurdenfrage nur auf politischem, nicht aber auf militärischem Weg erfolgen kann. Sie appellieren ferner an die türkische Regierung, die Menschenrechte stärker zu beachten und das Leben unschuldiger Zivilisten nicht in Gefahr zu bringen.

Landwirtschaft

20. Mai: Die fünfzehn Landwirtschaftsminister der EU beraten in Brüssel über den Standpunkt der EU zum Thema „Wälder“ auf der Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen, zum Thema artgerechte Behandlung von Tieren beim Transport sowie zur Lage am Kälbermarkt.

Allgemeine Angelegenheiten

20. Mai: Beim Treffen der fünfzehn EU-Außenminister in Den Haag stehen insbesondere Fragen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik im Mittelpunkt.

EU – Russische Föderation

21. Mai: In Brüssel unterzeichnen die Vertreter der EU mit ihren Amtskollegen aus der Russi-

schen Föderation ein Protokoll zum Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit, welches zur Folge hat, daß auch Österreich, Finnland und Schweden Vertragsparteien des 1994 unterzeichneten Abkommens werden.

Binnenmarkt

21. Mai: Die für den Binnenmarkt zuständigen Minister der EU beraten in Brüssel über die ständige Ausübung des Rechtsanwaltsberufs sowie über Lebensmittel und Lebensmittelbestandteile, die mit ionisierenden Strahlen behandelt wurden. Weitere Themen der Zusammenkunft sind das Grünbuch über das öffentliche Auftragswesen, die Angriffe auf spanische Lastwagen in Frankreich sowie die Antidumpingzölle auf Baumwollgewebe.

Europäischer Rat

23. Mai: Informelle Tagung des Europäischen Rates in Noordwijk. Auf der Sitzung, bei der es ausschließlich um die Regierungskonferenz geht, bekräftigen die fünfzehn Staats- und Regierungschefs ihre Absicht, die Verhandlungen im Juni in Amsterdam zu einem Abschluß zu bringen. Weitere Themen sind institutionelle Fragen, die Rolle und Zusammensetzung der Kommission sowie die Zusammenarbeit im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Innen- und Rechtspolitik.

Landwirtschaft

25.-27. Mai: In Middelburg treffen sich die fünfzehn Landwirtschaftsminister der EU und beraten über die Milchpolitik der Gemeinschaft.

EU – Mexiko

26. Mai: Die Vertreter der EU und Mexikos unterzeichnen ein Abkommen über die gegenseitige Anerkennung und den Schutz der Bezeichnungen im Spirituosensektor. Ziel des Abkommens ist es, die Vermarktungsbedingungen für Spirituosen auf den Märkten beider Parteien zu verbessern.

OECD

26.-27. Mai: In Paris findet die Jahrestagung der OECD auf Ministerebene statt. Themenschwerpunkte der Sitzung sind das multilaterale Investitionsübereinkommen, die Bekämpfung von Kor-

ruption und Geldwäsche sowie die gesamtwirtschaftliche und soziale Lage in den Mitgliedstaaten der OECD.

Justiz und Inneres

26.-27. Mai: Die für Justiz und Inneres zuständigen Minister der Union beraten in Brüssel. Themenschwerpunkte sind die Gemeinsame Aktion zu synthetischen Drogen, das Protokoll über die Vorrechte und Immunitäten für Europol, das Übereinkommen über die Bekämpfung von Bestechung, an der Beamte beteiligt sind sowie die Unterzeichnung des zweiten Protokolls zu dem Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen.

GASP / Koreanische Halbinsel

27. Mai: In einer Gemeinsamen Erklärung, die die Fünfzehn in Den Haag und Brüssel veröffentlichten, bekräftigen sie ihre Unterstützung für die geplanten Vierergespräche zwischen Nord- und Südkorea sowie den USA und der Volksrepublik China.

EU – Zypern

27. Mai: In Brüssel findet die Gemeinsame Ministertagung der EU und Zyperns im Bereich Justiz und Inneres statt. Themenschwerpunkte des Treffens sind Asylfragen sowie die Einwanderungspolitik.

Strukturierter Dialog

27. Mai: Im Rahmen des Strukturierten Dialogs findet in Brüssel die Tagung der fünfzehn EU-Minister für Justiz und Inneres mit ihren Amtskollegen aus den assoziierten mittel- und osteuropäischen Staaten statt. Erörtert werden dabei die Anwendung des Grundsatzes des „sicheren Drittstaates“, die mögliche Ausarbeitung eines Parallelübereinkommens zum Dubliner Übereinkommen von 1990 sowie Möglichkeiten zum Schutz und zur Integration von Flüchtlingen.

Strukturierter Dialog

27. Mai: Gemeinsame Ministertagung der für Energie zuständigen Minister aus der EU und den assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas in Brüssel. Wichtigste Punkte der Sitzung sind die notwendige Erhöhung der Energieeffizienz

und die Energieeinsparungen sowie die externe Dimension der transeuropäischen Netze.

Energie

27. Mai: Die für Energiepolitik zuständigen Minister der EU beraten in Brüssel über die Mitteilung der Kommission für eine Strategie der Gemeinschaft für erneuerbare Energiequellen, über die Klimaänderungen und Energiepolitik sowie über die Europäische Energiecharta.

EU – USA

28. Mai: In Den Haag findet das Treffen der EU mit den USA im Rahmen der Transatlantischen Agenda statt. An der Tagung, an der auch US-Präsident Clinton teilnimmt, werden im wesentlichen vier Themenkomplexe besprochen: Im Bereich der Außenbeziehungen sind die Lage in Mittel- und Osteuropa, der Nahe und Mittlere Osten sowie die Entwicklung der Energiewirtschaft in Korea ein Thema. Bei der Bekämpfung der internationalen Kriminalität und des Terrorismus geht es um den Abschluß des Abkommens über Drogenvorprodukte und chemische Stoffe; bei dem Themenkomplex zu den wirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen zwischen den Parteien geht es insbesondere um die Liberalisierung des Welthandels und die Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen.

Europäisches Parlament (EP)

28.-29. Mai: In Brüssel findet eine zweitägige Plenardebatte des EP statt. Im Mittelpunkt der Tagung stehen die Aussprache über die Lage in der Demokratischen Republik Kongo, die Beziehungen zwischen der Türkei und dem Irak, die Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Ergebnisse des Europäischen Rates von Noordwijk. Das EP nimmt ferner Entschlüsse an zur Rechtsstellung nichtkonventioneller Medizinrichtungen, zur Mitteilung der Kommission „Wirkung und Wirksamkeit der Binnenmarktmaßnahmen“ sowie zum Bericht der Kommission über die Steuern in der EU.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

28.-29. Mai: Unter dem Vorsitz von T. Jenkins findet die 346. Plenartagung des WSA statt. Neben der Rede von Kommissionsmitglied Papoutsis zum Grünbuch über den Handel, nimmt der WSA Stellungnahmen zu folgenden Themen

an: Agrarpreise 1997/98, Gemeinsame Marktordnung für Hopfen, Aktionsplan für den Binnenmarkt, Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten Projekten, Entwicklungshilfe, Sozialpolitik und wirtschaftliche Leistung.

OSZE

28. Mai: In Den Haag findet der Gipfel der Staats- und Regierungschefs aus den 54 OSZE-Ländern statt. Aus Anlaß des vor 50 Jahren vorgelegten Marshall-Plans plädiert US-Präsident Clinton in seiner Rede für die Schaffung eines neuen Marshall-Plans für Mittel- und Osteuropa.

Beschäftigung

29. Mai: Der Ständige Ausschuß für Beschäftigung der EU tagt unter dem Vorsitz des niederländischen Ratsvorsitzenden Melkert in Brüssel und berät dabei über das von der Kommission vorgelegte Grünbuch „Eine neue Arbeitsorganisation im Geiste der Partnerschaft“.

GASP / Slowakei

30. Mai: In einer Gemeinsamen Erklärung äußern die Fünfzehn ihre Besorgnis über die Vorgänge im Umfeld des im Mai in der Slowakei abgehaltenen Referendums über die Mitgliedschaft in der NATO und über die Direktwahl des Präsidenten.

Juni

Regierungskonferenz

2.-3. Juni: In Luxemburg findet die 13. Tagung auf Ministerebene im Rahmen der Regierungskonferenz statt. Tagesordnungspunkte sind in erster Linie institutionelle Fragen, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die Beschäftigung, die Umwelt- und Binnenmarktpolitik der Union sowie die Flexibilisierung.

GASP / Rumänien, Ukraine

2. Juni: In einer Gemeinsamen Erklärung begrüßen die Fünfzehn die Unterzeichnung des Vertrags über Freundschaft und gute Zusammenarbeit zwischen Rumänien und der Ukraine. Darin betonen sie, daß die Vereinbarung für beide Länder einen wichtigen Schritt in Richtung auf eine engere Zusammenarbeit mit der EU und

die weitere Einbindung in europäische Strukturen darstellt.

Allgemeine Angelegenheiten

2.-3. Juni: Tagung der fünfzehn Außenminister der EU in Luxemburg. Die wichtigsten behandelten Punkte des Treffens sind die transatlantischen Beziehungen, das ehemalige Jugoslawien, die Lage in Albanien und im Kongo, die Verhütung und Lösung von Konflikten in Afrika, der Gipfel EU-Afrika sowie der Gipfel EU-Karibik.

Entwicklung

5. Juni: Die für Entwicklungspolitik zuständigen Minister der EU kommen in Luxemburg zusammen und beraten über die Kohärenz der Entwicklungszusammenarbeit der EU und ihrer Kohärenz zu anderen Gemeinschaftspolitiken, über die operative Koordinierung zwischen der Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten sowie über Forschung und technologische Entwicklung in Zusammenarbeit mit der Entwicklungshilfepolitik.

Gesundheit

5. Juni: Auf der Tagung der Gesundheitsminister der Union in Luxemburg geht es insbesondere um das Netz für die epidemiologische Überwachung übertragbarer Krankheiten in der Union, um Ärzte, die innerhalb der EU zu- und abwandern sowie um Gesundheitsaspekte des Drogenproblems.

Soziales / Teilzeitarbeit

6. Juni: Im Rahmen des sozialen Dialogs auf hoher Ebene wird in Den Haag das Abkommen der Sozialpartner über die Teilzeitarbeit unterzeichnet. Das Protokoll beinhaltet die Abschaffung jeglicher Form von Diskriminierung Teilzeitbeschäftigter, die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen sowie die Förderung der Teilzeitarbeit als Potential zusätzlicher Beschäftigung.

Wirtschaft und Finanzen

9. Juni: In Luxemburg tagen die Wirtschafts- und Finanzminister der Union zu den Themen: Grundzüge der Wirtschaftspolitik 1996 und 1997, Stabilitäts- und Wachstumspakt, haushaltspolitische Überwachung und übermäßiges Defi-

zit, neuer Wechselkursmechanismus, Konvergenzprogramm Irlands.

Europäisches Parlament (EP)

9.-13. Juni: Plenartagung des EP in Straßburg. Die viertägige Debatte wird beherrscht von der Aussprache über den bevorstehenden Abschluß der Regierungskonferenz in Amsterdam sowie über wirtschafts- und geldpolitische Fragen. Neben den Reden des niederländischen Außenministers van Mierlo und von Kommissionspräsident Santer, dankt das EP A. Lamfalussy, dessen Amtszeit als Präsident des Europäischen Währungsinstituts am 1. Juli ausläuft. Das EP nimmt des weiteren eine Empfehlung an den Rat zu den Wahlen in Albanien und zur Rolle der multinationalen Schutztruppe an. Außerdem nimmt es Entschlieûungen an zur Mitteilung der Kommission über die Initiative für den Ostseeraum, zum Lomé-Abkommen, zum Abschluß einer internationalen Vereinbarung über humane Fangmethoden der Gemeinschaft, Kanada und der Russischen Föderation, zur Abschaffung der Todesstrafe sowie zur Lage in Osttimor.

Zollunion

9. Juni: In Luxemburg wird das Zusatzprotokoll zum Freihandelsabkommen zwischen der EWG und der Schweiz über die gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich unterzeichnet.

GASP / Algerien

10. Juni: In einer Gemeinsamen Erklärung äußern sich die Fünfzehn befriedigt über die Durchführung der Parlamentswahlen am 5. Juni in Algerien und hoffen, daß das neue Parlament beim Prozeß der Demokratisierung und wirtschaftlichen Umstrukturierung als treibende Kraft wirken kann.

Tier- und Pflanzenschutz (CITES)

9.-20. Juni: In Harare findet die Konferenz der Parteien des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen statt. Dabei wird beschlossen, daß die afrikanischen Elefanten Botswanas, Namibias und Simbabwe in den Anhang II des CITES-Abkommens übernommen werden.

Ausschuß der Regionen (AdR)

11.-12. Juni: Unter dem Vorsitz von Pascal Maragall findet in Brüssel die 18. Plenartagung des AdR statt. An der Tagung, an der auch Kommissionsmitglied Wulf-Mathies teilnimmt, nimmt der AdR Stellungnahmen an zu folgenden Themen: Grünbuch „Energie“; Interreg IIC; Richtlinie betreffend Abfalldeponien; Aktionsplan für Innovationen in Europa.

Europäischer Rat

16.-17. Juni: In Amsterdam treffen sich die Staats- und Regierungschefs der EU zum Abschluß der Regierungskonferenz und einigen sich dabei auf einen Vertragsentwurf. Dabei billigen sie Bestimmungen, die einen reibungslosen Übergang zur dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion erleichtern sollen sowie eine Entschließung, in der sie ihre feste Absicht bekunden, den Stabilitäts- und Wachstumspakt umzusetzen. Außerdem nehmen die fünfzehn Staats- und Regierungschefs eine Entschließung über Wachstum und Beschäftigung an, in der sie sich dazu verpflichten, die Beschäftigungsfrage als oberste Priorität der Union anzusehen. Im Rahmen der zweiten Säule sieht der Vertragsentwurf vor, eine Strategieplanungs- und Frühwarn Einheit zu schaffen. Hinsichtlich der dritten Säule beschließen sie, bestimmte Maßnahmen zur Durchführung des Schengen-Protokolls nach Inkrafttreten des Vertrags zu erlassen sowie das Schengen-Sekretariat in das Generalsekretariat des Rates einzugliedern.

Verkehr

17.-18. Juni: Tagung der Verkehrsminister der Union in Brüssel. Die wichtigsten Tagesordnungspunkte des Treffens sind das Flugverkehrsmanagement, die Europäische Organisation für die Sicherheit der Zivilluftfahrt, der freie Eisenbahnzugang für den Frachtverkehr, Kontrollgeräte im Straßenverkehr sowie die Ausbildung von Seeleuten.

Umwelt

19.-20. Juni: Die fünfzehn Umweltminister der Union beraten in Luxemburg über die Richtlinie für die Qualität von Otto- und Dieselmotoren, die Richtlinie über Maßnahmen gegen die Verunreinigung der Luft, die Strategie der Gemeinschaft im Bereich der Klimaänderungen, die Sondertagung der Generalversammlung der Ver-

einten Nationen sowie über das Umweltrecht in der Gemeinschaft.

Kommission / Finanzen

19. Juni: Die Kommission legt ihren Jahresbericht über die Anleihe- und Darlehenstätigkeit der Gemeinschaft im Jahr 1996 und über den zeitlichen Ablauf der Verwendung des Neuen Gemeinschaftsinstruments (NGI) vor. Darin stellt sie fest, daß sich die Anleiheemissionen der Gemeinschaftsorgane 1996 auf insgesamt 18 Mrd. ECU beliefen und die Europäische Investitionsbank 1996 Darlehen in Höhe von 20,95 Mrd. ECU bewilligt hat.

GASP / Kongo

20. Juni: In einer Gemeinsamen Erklärung äußern sich die Fünfzehn tief besorgt über die Lage in der Republik Kongo und rufen alle Seiten dazu auf, die Kampfhandlungen auf Dauer einzustellen.

GASP / Sierra Leone

20. Juni: In Den Haag und Brüssel veröffentlichen die Fünfzehn eine Gemeinsame Erklärung zu Sierra Leone, in der sie mit Besorgnis feststellen, daß die verfassungsmäßige Ordnung noch immer nicht wiederhergestellt worden ist. Sie äußern des weiteren ihre Auffassung, daß die Entwicklungshilfe, die die EU Sierra Leone gewährt, unter den gegebenen Umständen nicht aufrechtzuerhalten ist.

G8

20.-22. Juni: In Denver findet der 23. westliche Wirtschaftsgipfel statt, an dem die Staats- und Regierungschefs der sieben führenden Industriestaaten (G7) und zum ersten Mal auch der Präsident der Russischen Föderation, Jelzin, teilnehmen. In einem Abschlußkommuniqué bekräftigen sie ihre Entschlossenheit, die Demokratie, die Menschenrechte und die Konfliktprävention zu stärken sowie eine globale Partnerschaft für Frieden, Sicherheit und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung zu unterstützen.

EU – Kanada

20. Juni: Im Rahmen der Transatlantischen Erklärung findet in Denver ein Treffen EU-Kanada statt. Dabei betonen beide Seiten die

Fortschritte, die seit der Unterzeichnung der Gemeinsamen politischen Erklärung und des Aktionsplans im Dezember 1996 in Ottawa sowohl im Wirtschafts- und Handelsbereich als auch im Bereich der politischen Beziehungen erzielt wurden.

EGKS

20. Juni: 336. ordentliche Tagung des Beratenden EGKS-Ausschusses in Luxemburg. Die behandelten Punkte der Tagung sind das EGKS-Abkommen mit Rußland und der Ukraine, das Vorausschätzungsprogramm „Stahl“ für das zweite Halbjahr 1997, der Entwurf des EGKS-Funktionshaushaltsplans für 1998 sowie die Erhebung über die Investitionen und die Entwicklung der Produktionskapazitäten im Jahr 1996.

Kohäsion

23. Juni: Die Kommission veröffentlicht ihren Jahresbericht über den Kohäsionsfonds 1996. Darin hebt sie hervor, daß nach Ablauf des Haushaltsjahres die Mittelverwendungsrate bei den Verpflichtungsermächtigungen 99,99% beträgt und bei den Zahlungsermächtigungen 97,75%.

Landwirtschaft

23.-25. Juni: In Luxemburg beraten die Landwirtschaftsminister der Union über die Themen: Festlegung der Preise für Agrarerzeugnisse, Sanktionen bei Feldkulturen, Rückstände von Schädlingsbekämpfungsmitteln, Verhandlungen mit Drittländern im Hinblick auf den Abschluß von Veterinär- und pflanzenschutzrechtlichen Gleichstellungsabkommen.

Verkehr

23.-25. Juni: In Helsinki findet die dritte gesamteuropäische Verkehrskonferenz statt, die auf Initiative der Kommission und des Europäischen Parlaments organisiert wird. Zentrale Themen der Konferenz sind die künftige Entwicklung der transeuropäischen Netze und die rationelle Nutzung der Verkehrssysteme. Zum Abschluß der Tagung verabschieden die Teilnehmer eine Erklärung, in der sie die Notwendigkeit bekräftigen, die transeuropäischen Netze nach Mittel- und Osteuropa auszudehnen.

Vereinte Nationen

23.-27. Juni: In New York findet die Sondersitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen statt, an der auch Kommissionspräsident Santer anwesend ist. Ziel der Sitzung ist es, der Durchführung der in Rio 1992 beschlossenen Maßnahmen, insbesondere der Agenda 21, einen neuen Impuls zu geben.

EU – Japan

25. Juni: In Den Haag findet das sechste jährliche Gipfeltreffen zwischen der EU und Japan statt. Auf der Sitzung begrüßen beide Parteien die Fortschritte, die bei der Umsetzung der Gemeinsamen Erklärung von 1991 erzielt wurden und bekräftigen in einer gemeinsamen Pressemitteilung ihre Bereitschaft, den Dialog und die Zusammenarbeit in allen Bereichen auszubauen.

Europäisches Parlament (EP)

25.-26. Juni: Plenartagung des EP in Brüssel. Im Mittelpunkt der zweitägigen Debatte steht die Aussprache über die Ergebnisse des Europäischen Rates von Amsterdam sowie die auf diesem Gipfel und dem G8-Treffen behandelten Wirtschaftsthemen.

Bildung

26. Juni: Die Bildungsminister der Union beraten in Luxemburg über die Sicherheit in Schulen, die Informationstechnologie und Lehrerausbildung, das Sokrates-Programm sowie über das Weißbuch „Lehren und Lernen“.

Allgemeine Angelegenheiten

26. Juni: Die fünfzehn Außenminister der EU beraten in Luxemburg in erster Linie über Albanien, Myanmar sowie Kuba. Weitere Themen sind die Mittelmeerpolitik der EU, der Friedensprozeß im Nahen Osten sowie der G8-Gipfel.

EU – Australien

26. Juni: In Luxemburg unterzeichnen die Vertreter der EU und Australiens eine Gemeinsame Erklärung zu den bilateralen Beziehungen. Die Erklärung stützt sich auf eine umfassende Partnerschaft zur Förderung des Dialogs und der Kooperation zwischen beiden Seiten in Bereichen wie Menschenrechte, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Beschäftigung und Umwelt.

EWR

26. Juni: In Luxemburg tagt zum siebten Mal der EWR-Rat unter dem Vorsitz des niederländischen Ratsvorsitzenden Van Mierlo und berät dabei über das allgemeine Funktionieren des EWR-Abkommens.

GASP / Hongkong

26. Juni: Die Fünfzehn veröffentlichen in Luxemburg eine Gemeinsame Erklärung, in der sie erneut ihr Eintreten für den Fortbestand der Demokratie in Hongkong bekräftigen und dazu aufrufen, freie und faire Wahlen zu einem neuen Legislativrat zum frühestmöglichen Termin abzuhalten.

Arbeit / Soziales

27. Juni: Die für Arbeits- und Sozialpolitik zuständigen Minister der Union beraten in Luxemburg. Die zentralen Themen der Debatte sind die Beweislast bei Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Schutz von Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch chemische Arbeitsstoffe bei der Arbeit sowie die Rolle der Arbeitnehmer in der EU.

Audiovisuelle Medien und Kultur

30. Juni: In Luxemburg beraten die für audiovisuelle Medien und Kultur zuständigen Minister der Union über die Zukunft der europäischen kulturellen Aktion sowie insbesondere über die Buchpreisbindung.

GASP / Indien, Pakistan

30. Juni: In einer Gemeinsamen Erklärung, die die Fünfzehn in Den Haag und Brüssel veröffentlichten, begrüßen sie nachdrücklich die zwischen Indien und Pakistan erzielte Einigung über eine Agenda und eine Struktur für Gespräche über die bislang ungeklärten Fragen zwischen beiden Parteien.

Juli

Präsidentschaft

1. Juli: Turnusgemäß geht der Ratsvorsitz der EU von den Niederlanden an Luxemburg über.

Ratspräsidentschaft / Kommission

3. Juli: Im Mittelpunkt des traditionellen Treffens zwischen Kommission und dem neuen Ratsvorsitz stehen die Prioritäten der neuen luxemburgischen Ratspräsidentschaft. Dabei geht es im wesentlichen um die Erweiterung der EU, die Wirtschafts- und Währungsunion sowie um den geplanten Beschäftigungsgipfel.

GASP / Bosnien

4. Juli: In Brüssel und Luxemburg veröffentlichen die Fünfzehn eine Gemeinsame Erklärung, in der sie sich besorgt über die Krise in der Republika Srpska äußern. Sie appellieren an alle beteiligten Parteien die verfassungsmäßige Ordnung zu achten und den Friedensprozeß nicht in Frage zu stellen.

OSZE

5.-8. Juli: In Warschau findet die sechste Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE statt. Die Teilnehmer verabschieden eine Erklärung, in der sie den weißrussischen Präsidenten Lukaschenko dazu auffordern, das frei gewählte Parlament wieder einzusetzen. Weitere Themen der Tagung sind die Osterweiterung der NATO und die künftige europäische Sicherheitspolitik.

Soziales

5. Juli: In Echternach kommen die Sozialminister der EU zu einer informellen Tagung zusammen und beraten über die Anwendung des neuen Beschäftigungskapitels im Amsterdamer Vertrag.

Strukturierter Dialog

7. Juli: In Brüssel findet im Rahmen des Strukturierten Dialogs eine gemeinsame Ministertagung der EU und der mit ihr assoziierten Länder Mittel- und Osteuropas zum Thema Wirtschaft und Finanzen statt. Bei den Gesprächen geht es primär um die Liberalisierung des Kapitalverkehrs sowie um die Reform des Finanzsektors in den assoziierten Staaten.

Wirtschaft und Finanzen

7. Juli: Die Wirtschafts- und Finanzminister der Union beraten in Brüssel über die Themen: Konvergenzprogramm Italiens; Euro-Münzen; Haushaltspolitische Überwachung und übermäßiges

Defizit; Einführung des Euro; Grundzüge der Wirtschaftspolitik.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

9.-10. Juli: Unter dem Vorsitz von T. Jenkins findet die 347. Plenartagung des WSA statt. Im Verlauf der Tagung nimmt der WSA Stellungnahmen an zu den Steuern in der EU, zum neuen gemeinsamen Mehrwertsteuersystem, zur Bekämpfung des Tabakkonsums, zu den Beziehungen der EU zu den AKP-Staaten sowie zu ortsbeweglichen Druckgeräten.

Europa-Mittelmeer

11.-12. Juli: In Algier findet das fünfte Forum Europa-Mittelmeer statt, an dem die Regierungsvertreter von sechs Anrainerstaaten des Mittelmeers teilnehmen. Neben dem grundsätzlichen Beschluß, bis zum Jahre 2010 eine Freihandelszone im Mittelmeerraum zu schaffen, verurteilen die Teilnehmer in einer Abschlusserklärung den Terrorismus.

Europäisches Parlament (EP)

14.-18. Juli: Plenartagung des EP in Straßburg. Im Mittelpunkt der viertägigen Debatte steht die Vorstellung der Agenda 2000 durch Kommissionspräsident Santer. Im Bereich der Außenbeziehungen nimmt das EP eine Entschliebung an zur Lage in der Türkei und im Nordirak, zu den Wahlen in Albanien, zur Lage in Kambodscha sowie zum Sonderbericht des Rechnungshofes über die Mittelmeerprogramme. Im Bereich der Menschenrechte nimmt das EP eine Entschliebung an zur Verletzung der Menschenrechte in Peru, zur Geschlechtsverstümmelung an Frauen in Ägypten sowie zu den Philippinen.

Agenda 2000

15. Juli: Kommissionspräsident Santer stellt im Europäischen Parlament das Strategiepapier der Kommission „Agenda 2000“ vor. Die Agenda sieht drei Themenbereiche vor: Stärkung und Reform der Politiken der Europäischen Union, Vorbereitung der Erweiterung, Festsetzung des zukünftigen Finanzrahmens 2000-2006.

GASP

16. Juli: In Brüssel unterzeichnen die Vertreter von Kommission, Rat und Europäischem Parla-

ment die Interinstitutionelle Vereinbarung über Vorschriften zur Finanzierung der Gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik.

Frankreich

17. Juli: Der französische Staatspräsident Chirac stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab. Im Mittelpunkt des Gespräches stehen die Wirtschafts- und Währungsunion, die Osterweiterung der EU, die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie die geplante Fusionierung von Boeing und McDonnell Douglas.

Rußland

18. Juli: Der russische Ministerpräsident Tschernomyrdin stattet der Kommission einen Besuch ab und berät dabei mit Kommissionspräsident Santer den Stand der bilateralen Beziehungen. Ferner unterstreichen beide ihre Bereitschaft, die Zusammenarbeit zu intensivieren und auf weitere Bereiche auszudehnen.

Schengen

18. Juli: In Innsbruck treffen sich die Ministerpräsidenten Italiens, Deutschlands und Österreichs zu Gesprächen über das Schengener Abkommen. Dabei beschließen sie, daß die Abschaffung der Grenzkontrollen zwischen den drei Ländern zum 1. April 1998 in Kraft treten soll.

Allgemeine Angelegenheiten

22. Juli: Tagung der fünfzehn Außenminister der Union in Brüssel. Sie beraten dabei insbesondere über den Entwurf eines Übereinkommens über humane Fangnormen, über das ehemalige Jugoslawien sowie über die Lage in Albanien und im Kongo.

Landwirtschaft

22. Juli: Die für Landwirtschaft zuständigen Minister der Union tagen in Luxemburg. Im Mittelpunkt der Beratungen steht die Aussprache zum Hopfensektor, zu den Ausfuhrerstattungen und dem Wohlbefinden der lebenden Rinder, zur Agenda 2000 sowie zum BSE-Material mit spezifischem Risiko.

Nahost-Friedensprozeß

22. Juli: In Brüssel findet unter der Schirmherrschaft der EU ein Treffen zwischen dem israelischen Außenminister Levy und dem Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde, Arafat, statt. Bei diesem Treffen wird der Dialog zwischen den beiden Parteien wiederhergestellt und auch ein Verhaltenskodex festgelegt, mit dem eine weitere Eskalation der Spannungen vermieden werden soll.

Türkei

22. Juli: Der türkische Außenminister Cem statet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab, bei dem es in erster Linie um die Erweiterung der EU, die Menschenrechtsfrage in der Türkei sowie um die Zypern-Problematik geht.

Bosnien-Herzegowina

23.-24. Juli: In Brüssel findet die dritte Konferenz der Staaten und Organisationen statt, die den Wiederaufbau von Bosnien-Herzegowina unterstützen. Zum Abschluß der Konferenz sagen die Geberländer Bosnien eine finanzielle Hilfe in Höhe von 1,24 Mrd. US\$ zu.

EU – Mexiko

23. Juli Die Vertreter der EU und Mexikos paraphieren in Brüssel ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, das das 1991 unterzeichnete Abkommen ersetzt und den politischen Dialog zwischen den Parteien institutionalisiert.

Haushalt

24. Juli: Die für Haushaltspolitik zuständigen Minister der Union beraten in Brüssel über den Haushaltsentwurf sowie über die Konzertierung mit dem Europäischen Parlament im Rahmen des Haushaltsverfahrens 1998.

Aktion Jean Monnet

25. Juli: Die Kommission beschließt die Finanzierung von 70 neuen Maßnahmen im Rahmen der Aktion Jean Monnet in Polen, Ungarn und erstmalig auch in der Tschechischen Republik beschlossen.

ASEM

30. Juli: Die Regierungsvertreter der 25 Mitgliedsländer des ASEM-Prozesses kommen in Luxemburg zusammen, um die Vorbereitung des „ASEM-Aktionsplans zur Förderung der Investitionen (IPAP)“ abzuschließen.

August

Kongo

4.-5. August: Die Troika der EU statet dem Präsidenten der Demokratischen Republik Kongo einen Besuch ab. Dabei handelt es sich um den ersten politischen Kontakt zwischen den Vertretern der EU und der neuen Regierung der Demokratischen Republik Kongo. Die Troika kündigt während des Besuches an, dem Rat von den positiven Ergebnissen des Besuches zu berichten und ihm die schrittweise Wiederaufnahme der seit 1992 abgebrochenen strukturellen Zusammenarbeit zu empfehlen.

GASP / Kenia

8. August: In einer Gemeinsamen Erklärung verurteilen die Fünfzehn nachdrücklich die gewalttätigen Ausschreitungen, die Anfang August in Kenia stattgefunden haben. Sie ersuchen alle beteiligten Parteien, sich jeder Gewaltakte zu enthalten und zur Lösung politischer Streitigkeiten auf friedliche Mittel zurückzugreifen.

GASP / Burundi

13. August: In Luxemburg und Brüssel veröffentlichen die Fünfzehn in einer Gemeinsamen Erklärung die am 31. Juli vollzogene Hinrichtung von sechs Häftlingen in Burundi, die des Völkermordes angeklagt waren.

GASP / Angola

14. August: Zum Friedensprozeß in Angola veröffentlichen die Fünfzehn eine Gemeinsame Erklärung, in der sie mit äußerster Besorgnis feststellen, daß die UNITA unfähig ist, in bezug auf die in Absatz 13 der Resolution 1118 des UN-Sicherheitsrates gestellten Forderungen hinsichtlich der Entmilitarisierung nennenswerte Fortschritte zu erzielen.

September

Antipersonenminen

1.-18. September: In Oslo findet die internationale Konferenz über Antipersonenminen statt. Zum Abschluß der Konferenz unterzeichnen die Teilnehmer ein Dokument, in dem sie sich auf ein Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und des Transfers von Antipersonenminen sowie deren Vernichtung einigen.

EU – Indien

2. September: In Luxemburg findet das Ministertreffen EU-Indien statt, auf dem beide Parteien beschließen, ihre bilateralen Beziehungen auf allen Ebenen auszubauen.

Slowenien

4.-5. September: Kommissionsmitglied Kinnock stattet der slowenischen Regierung einen Besuch ab, bei dem es in erster Linie um die Stellungnahme der Kommission zum Beitrittsantrag Sloweniens zur EU sowie um die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur in Slowenien geht.

EU – Ukraine

5. September: In Kiew findet ein Treffen EU-Ukraine statt. Bei der Tagung weisen die EU-Vertreter erneut darauf hin, daß die Ukraine die für die Zukunft des Landes unerläßlichen Wirtschaftsreformen beschleunigen und ihre Zusagen hinsichtlich der Stilllegung des Kernkraftwerkes Tschernobyl bis zum Jahre 2000 einhalten muß. Ferner sagen sie der Ukraine zu, die zweite Tranche der 1995 beschlossenen Finanzhilfe in Höhe von 100 Mio. ECU auszahlen sowie im Rahmen des TACIS-Programms 538 Mio. ECU über einen Zeitraum von fünf Jahren bereitzustellen.

Landwirtschaft

8.-9. September: In Echternach beraten die Landwirtschaftsminister der EU über die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik vor dem Hintergrund der Agenda 2000.

Umwelt

8. September: Informelle Tagung der Umweltminister der mit der EU assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas mit dem Vorsitzenden des EU-

Umweltrates. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen die Themen: Stand der Umweltgesetzgebung in den mittel- und osteuropäischen Ländern, Kampf gegen die Klimaveränderungen.

EU – Australien

11. September: Jahrestreffen EU-Australien auf Ministerebene in Brüssel. Zentrale Themen der Beratungen sind internationale Fragen im Zusammenhang mit der Welthandelsorganisation, dem asiatisch-pazifischen Raum sowie die Förderung der Menschenrechte in den internationalen Organisationen.

Wirtschaft und Finanzen

12.-14. September: In Mondorf kommen die Wirtschafts- und Finanzminister der Union zu einer informellen Tagung zusammen und einigen sich darauf, die bilateralen Wechselkurse der Euro-Staaten bereits im Mai 1998 festzulegen. Die Minister erzielen außerdem Einvernehmen bei der Steuerkoordinierung und einen Verhaltenskodex bei Unternehmenssteuern.

Mitteuropäische Freihandelszone (CEFTA)

12.-13. September: Im slowenischen Portoroz findet ein Treffen der Regierungschefs der sechs CEFTA-Staaten Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Rumänien statt. Dabei einigen sie sich auf einen Kompromiß zur Beilegung des Streits über die Liberalisierung des Agrarhandels mit Slowenien und beschließen außerdem, die Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien aufzunehmen.

Allgemeine Angelegenheiten

15. September: In Brüssel berät der Rat über Zypern, die Demokratische Republik Kongo, Angola, das ehemalige Jugoslawien sowie Belarus.

Umwelt

15.-17. September: In Montreal findet die neunte Konferenz der Vertragsparteien des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen statt. Im Mittelpunkt der Tagung stehen die Arbeiten zum Verbot der Verwendung von Methylbromid sowie die Annahme von Maßnahmen zur Unterbindung des widerrechtlichen Handels mit FCKW.

Europarat

15. September: In Brüssel findet die zehnte Viertagung EU-Europarat statt, auf der die Teilnehmer die Vorbereitungen für die zweite Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Europarates, die im Oktober stattfinden soll, prüfen. Dabei erörtern sie insbesondere die Frage, wie die Maßnahmen des Europarates und der EU in Krisensituationen besser miteinander koordiniert werden können.

Europäisches Parlament (EP)

15.-19. September: Plenartagung des EP in Straßburg. Im Mittelpunkt der Tagung stehen die Aussprachen über Algerien und im Nahen Osten, der Bericht der Welthandelsorganisation über Bananen, das Helms-Burton-Gesetz sowie die Situation der Frauen im Rahmen der Chancengleichheit. Das EP gedenkt außerdem der verstorbenen Mutter Theresa, der Prinzessin von Wales sowie Sir James Goldsmith und verabschiedet darüber hinaus den Kalender für die Sitzungsperiode 1998.

Vereinte Nationen

16. September: In New York wird die 52. Generalversammlung der Vereinten Nationen eröffnet. Zentrales Hauptthema der Tagung sind die Vorschläge des UN-Generalsekretärs zur Reform der Vereinten Nationen. Am Rande der Tagung nehmen die anwesenden Kommissionsvertreter an einer Reihe von Treffen mit den Außenminister der USA, Japans, Rußlands, Chinas, Israels, der Rio-Gruppe, des Mercosur sowie des Golf-Kooperationsrates teil.

Ausschuß der Regionen (AdR)

17.-18. September: Unter dem Vorsitz von Pascal Maragall findet die 19. Plenartagung des AdR in Brüssel statt. In Anwesenheit des Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees, J.A. Samaranch, nimmt der AdR Stellungnahmen an zu folgenden Themen: Mitteilung „Auf dem Weg zu einer neuen Seeverkehrsstrategie“, Fünftes Rahmenprogramm für Forschung, Sokrates, Kohäsionspolitik und Kultur, Programm Alternen II.

KEDO

19. September: Mit der Unterzeichnung des Abkommens über die Bedingungen für den Bei-

tritt der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG) zur Organisation für die Entwicklung der Energiewirtschaft auf der koreanischen Halbinsel (KEDO), tritt die EAG der KEDO bei, die im März 1995 gegründet wurde und deren Ziel die Verbesserung der nuklearen Sicherheit und der Voraussetzungen für die Nichtverbreitung von Kernwaffen ist.

Asia-Europe-Meeting (ASEM)

19. September: In Bangkok treffen sich die EU-Finanzminister mit ihren Amtskollegen der sieben ASEAN-Staaten sowie Chinas, Japans und Koreas im Rahmen des ASEM-Prozesses. Zentrales Thema der Zusammenkunft ist die Währungskrise in Südostasien sowie die Wirtschafts- und Währungsunion der EU. Die Teilnehmer kommen überein, die Finanz- und Zollkooperation zu stärken und regelmäßig über die makroökonomische Politik zu beraten.

G7 / G24

20. September: In Hongkong treffen sich sowohl die Gruppe der sieben führenden Industrieländer als auch die Gruppe der 24 Entwicklungsländer. Ersterer einigen sich darauf, exzessive Abwertungen zu verhindern, letztere beraten über ihre wirtschaftliche Situation sowie über die Unterstützung durch die Bretton-Woods-Institutionen.

Landwirtschaft

22.-23. September: Die Landwirtschaftsminister der EU beraten in Brüssel über die Schulkolchregelung, die Entwicklung des ländlichen Raums und der Agrarstrukturpolitik, die Beschäftigung in den ländlichen Gebieten sowie über das WTO-Panel für Hormone.

Europarat

22.-26. September: In Straßburg tagt die Parlamentarische Versammlung des Europarates. Dabei wird der Entwurf eines Zusatzprotokolls zur Bioethik-Konvention genehmigt, um ein Verbot des Klonens von Menschen zu erreichen.

IWF

23.-25. September: In Hongkong findet die Jahrestagung des IWF und der Weltbank statt. Die Teilnehmer beraten auf der Konferenz über die Bekämpfung von Armut und sozialer Ungerech-

tigkeit und Korruption sowie über die Entwicklungshilfe und die Währungskrise in Asien.

Asia-Europe-Meeting (ASEM)

27. September: In Tokio findet die erste Tagung der 25 ASEM-Partner statt. Dabei wird erörtert, wie die direkten Beziehungen zwischen den Privatsektoren vertieft werden und die Infrastruktur in Asien ausgebaut werden kann.

EU – AKP

29.-30. September: In Brüssel findet die Konferenz über die künftigen Beziehungen zwischen der EU und den AKP-Staaten statt. Im Mittelpunkt der Debatte steht die Aussprache über das Grünbuch der Kommission über die EU-AKP-Beziehungen sowie über die Hauptprobleme im Zusammenhang mit der Vorbereitung des nächsten EU-AKP-Abkommens.

Rumänien

29. September: Der rumänische Staatspräsident Constantinescu stattet der Kommission einen Besuch ab, bei dem es um die Empfehlung der Kommission geht, Rumänien nicht für Beitrittsverhandlungen zu empfehlen.

Finanzen / Umwelt

29. September: In Berlin beraten die Finanz- und Umweltminister der EU über das ökologische Element im Steuersystem und einigen sich dabei auf gemeinsame Kriterien einer Energiesteuer.

Oktober

Europäisches Parlament (EP)

1.-2. Oktober: In Brüssel kommt das EP zu seiner Plenartagung zusammen, die geprägt wird von der Unterbreitung der Kommissionsvorschläge zur Beschäftigung sowie der Debatte über die Ausführung des Haushalts 1997, der Beziehungen zwischen der EU und Asien bzw. Kanada. Das EP nimmt außerdem eine Entschließung an zu den Beziehungen der EU zu den AKP-Staaten an der Schwelle des 21. Jahrhunderts, zur Kommissionsmitteilung über die Beziehungen EU-ASEAN sowie zu den Beziehungen zwischen dem Völkerrecht, dem Gemeinschaftsrecht und dem Verfassungsrecht der EU-Mitgliedstaaten.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

1.-2. Oktober: Unter dem Vorsitz von T. Jenkins findet die 348. Tagung des WSA statt, an der auch der luxemburgische Ministerpräsident und Ratsvorsitzende Juncker teilnimmt. Im Laufe der Tagung nimmt der WSA Stellungnahmen an zum Europäischen Rat für Beschäftigung, zu den Umweltsteuern und -gebühren im Binnenmarkt, zur Gemeinsamen Marktordnung für Wein sowie zu den Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik.

Vertrag von Amsterdam

2. Oktober: Im Palais Royal von Amsterdam unterzeichnen die Außenminister der Europäischen Union die endgültige Fassung des Vertrags von Amsterdam, so daß das Verfahren zur Ratifizierung in allen Mitgliedstaaten eingeleitet werden kann.

EU – Zypern

6. Oktober: In Luxemburg beraten die für auswärtige Angelegenheiten zuständigen Minister der EU zusammen mit ihrem Amtskollegen aus Zypern im Rahmen der gemeinsamen Ministertagung. Dabei geht es insbesondere um die Partnerschaft Europa-Mittelmeer, den Friedensprozeß im Nahen Osten sowie um die Lage in Albanien.

Allgemeine Angelegenheiten

6.-7. Oktober: Die fünfzehn Außenminister der EU beraten in Brüssel über das ehemalige Jugoslawien, die Lage in Albanien, den Friedensprozeß im Nahen Osten sowie über Myanmar.

EU – Zypern

6.-7. Oktober: Der Gemischte Parlamentarische Ausschuß EU-Zypern tagt in Brüssel. Erörtert werden dabei insbesondere der Stand der Beziehungen zwischen den Parteien im Hinblick auf die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen.

Strukturierter Dialog

7. Oktober: Im Rahmen des Strukturierten Dialogs beraten die Sozialminister der EU zusammen mit ihren Amtskollegen aus den assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas in Luxemburg über die Fortschritte, die die assoziierten Länder

bei der Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes im Sozialbereich erzielt haben.

Arbeit / Soziales

7. Oktober: Die für Arbeit und Sozialfragen zuständigen Minister der Union beraten in Brüssel über Behindertenparkausweise, die außerordentliche Tagung des Europäischen Rates zum Thema Beschäftigung, die Stiftung für Berufsbildung, die Rahmenvereinbarung über Teilzeit sowie über die Stellung der Arbeitnehmer im Rahmen der Europäischen Aktiengesellschaft.

EU – Tschechische Republik

7. Oktober: Der Assoziationsrat EU-Tschechien tagt in Luxemburg. Dabei geht es vor allem um die Strategie der Tschechischen Republik zur Vorbereitung des Beitritts zur EU sowie um die Entwicklung der bilateralen Beziehungen.

Schengen

7. Oktober: In Wien beraten die Vertreter der Mitgliedstaaten des Schengener Abkommens und beschließen die Aufnahme Österreichs und Italiens in das paßkontrollfreie Schengengebiet.

Aserbaidschan

8. Oktober: Die Vertreter der EGKS und der EAG unterzeichnen mit ihren Amtskollegen aus Aserbaidschan ein Interimsabkommen über Handel und Handelsfragen, durch das der handelspolitische Teil des 1996 unterzeichneten Partnerschafts- und Kooperationsabkommens bereits vorzeitig durchgeführt werden kann.

Strukturierter Dialog

9. Oktober: In Luxemburg tagen im Rahmen des Strukturierten Dialog die Verkehrsminister der EU mit ihren Amtskollegen aus den assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas. Im Mittelpunkt der Sitzung steht der Zusammenhang zwischen den derzeit laufenden Verhandlungen über den Zugang zu den Verkehrsmärkten und der schrittweisen Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes.

Verkehr

9. Oktober: Tagung der Verkehrsminister der EU in Brüssel. Dabei geht es insbesondere um den Zugang zum Beruf des Kraftverkehrsunterneh-

mers und die gegenseitige Anerkennung der Diplome sowie um die öffentlich-privaten Partnerschaften.

Justiz und Inneres

9.-10. Oktober: Die fünfzehn Justiz- und Innenminister der Union beraten in Bad Mondorf im Rahmen eines informellen Treffens über die Umsetzung des Vertrages von Amsterdam.

Europarat

10.-11. Oktober: In Straßburg findet das zweite Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs des Europarates statt. Schwerpunkt der Tagung sind außenpolitische Themen, zu denen während der Tagung verschiedene bilaterale Treffen abgehalten werden. Zum Abschluß der Konferenz verabschieden die Teilnehmer eine politische Erklärung und einen Aktionsplan, in dem es um die Themen Menschenrechte, Demokratie, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt, Sicherheit der Bürger sowie Bildung und Kultur geht.

EGKS

10. Oktober: In Dresden findet die 337. ordentliche Tagung des Beratenden EGKS-Ausschusses statt. Die behandelten Punkte sind die Revision der Vorausschätzungen für den Markt für feste Brennstoffe der EG, die Verwaltung von Unternehmenszusammenschlüssen im Rahmen des EGKS-Vertrages, die Besteuerung von Energieerzeugnissen sowie um die Einstufung von Schrott.

Finanzen

12. Oktober: Die fünfzehn Finanzminister der Union beraten in Luxemburg zusammen mit ihren Amtskollegen aus den EFTA-Staaten über Wachstum und Beschäftigung sowie über die internationalen Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion.

China

13.-16. Oktober: Kommissionsvizepräsident Sir Leon Brittan stattet der chinesischen Regierung einen Besuch ab. Bei den Gesprächen geht es vor allem um die Verhandlungen über den Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation, die Öffnung des chinesischen Seefrachtverkehrsmarktes

für europäische Unternehmen sowie um die Achtung der Menschenrechte.

Wirtschaft und Finanzen

13. Oktober: Tagung der Wirtschafts- und Finanzminister der Union in Luxemburg zu den Themen: Konvergenzprogramm und übermäßiges Defizit Großbritanniens, Vorbereitung der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion, finanzielle Aspekte der Agenda 2000.

Umwelt

16. Oktober: Die Umweltminister der Union beraten in Luxemburg über die Strategie der Gemeinschaft im Bereich Klimaänderungen sowie über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch.

EU – Andengemeinschaft

17. Oktober: In Brüssel findet ein Treffen zwischen den Vertretern der EU und der Andengemeinschaft statt. Neben der Erörterung einer Bilanz der bisherigen bilateralen Zusammenarbeit beraten die Teilnehmer in erster Linie über die Vorbereitung des Wirtschaftsforums, das 1998 in London stattfinden soll.

Landwirtschaft

20.-21. Oktober: Die Landwirtschaftsminister kommen in Luxemburg zu einer Tagung zusammen, bei der es in erster Linie um Hartweizen, genetische Ressourcen, die Agenda 2000 sowie um die Beschäftigungspolitik in den ländlichen Gebieten der EU geht.

Europäisches Parlament (EP)

20.-24. Oktober: Plenartagung des EP in Straßburg. Die Debatte wird beherrscht von der Aussprache über die Vorbereitung des außerordentlichen Rates zum Thema Beschäftigung und die Lage der EU sowie von der Abstimmung in erster Lesung über den Haushaltsplan 1998. Das EP faßt ferner den Beschluß, die Immunität des Abgeordneten Ribeiro Campos nicht aufzuheben.

Albanien

22. Oktober: Internationale Geberkonferenz für den Wiederaufbau Albaniens in Brüssel. An dieser Konferenz, die von der Kommission und der

Weltbank organisiert wird, werden folgende Hilfeleistungen für Albanien zugesagt: 100 Mio. US\$ für den Ausgleich der Zahlungsbilanz, 79 Mio. US\$ für Vorhaben der technischen Hilfe, die bis 1998 durchgeführt werden sollen und fast 420 Mio. US\$ für Vorhaben der technischen Hilfe, die mittelfristig durchgeführt werden sollen.

Allgemeine Angelegenheiten

25. Oktober: In Bad Mondorf kommen die Außenminister der EU zu einer informellen Tagung zusammen. Bei der Debatte über die Agenda 2000 spricht sich die Mehrheit der Teilnehmer dafür aus, die Erweiterungsverhandlungen nur mit den Ländern Mittel- und Osteuropas aufzunehmen, deren Entwicklung am weitesten fortgeschritten ist.

Energie

27. Oktober: Unter dem Vorsitz des luxemburgischen Energieministers R. Goebbels beraten die Energieminister der Union in Luxemburg über die gemeinsamen Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt.

EU – AKP

27.-30. Oktober: In Lomé findet die 25. Paritätische Versammlung AKP-EU statt. Zum Abschluß der Tagung nehmen die Teilnehmer drei Entschlüsse an zur gemeinschaftlichen Bananenregelung, zum Zuckerpreis und zum Reishandel. In der Schlußerklärung fordern sie, die Rolle der Zivilgesellschaften zu stärken, die Rechte der Arbeitnehmer zu schützen und die Diskriminierung der Frau zu bekämpfen.

Jugend

28. Oktober: Die für Jugendfragen zuständigen Minister der EU beraten in Luxemburg über den Europäischen Freiwilligendienst für junge Menschen sowie die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus im Bereich der Jugendarbeit.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

29.-30. Oktober: Unter dem Vorsitz von T. Jenkins findet die 349. Plenartagung des WSA statt. An der Tagung, an der auch Kommissionspräsident Santer teilnimmt, nimmt der WSA Stellung

gnahmen an zur Agenda 2000, die Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen, die berufliche Weiterbildung in der EU, die Besteuerung von Energieerzeugnissen sowie zur Konferenz von Kyoto.

Fischerei

30. Oktober: Die für Fischereifragen zuständigen Minister beraten in Luxemburg über die technischen Maßnahmen zur Erhaltung der Fischereiresourcen, die Politik der Fischereiabkommen mit Drittländern sowie über die Kontrollregelung für die Gemeinsame Fischereipolitik.

EIB

30. Oktober: Die Vertreter der EIB unterzeichnen mit Regierungsgesandten Vietnams ein Rahmenabkommen, das es der EIB ermöglicht, Investitionen in Vietnam vorzunehmen und Darlehen zu gewähren.

November

Verbraucherschutz

3. November: Tagung der für Verbraucherschutzfragen zuständigen Minister der Union in Brüssel zu den Themen: Verbrauchsgüterkauf und Garantien für Verbrauchsgüter, Lebensmittelsicherheit, Finanzdienstleistungen, Timesharing, Zukunft des gemeinschaftlichen Informationssystems über Haus- und Freizeitunfälle.

Wirtschaft und Finanzen

5. November: Die Wirtschafts- und Finanzminister der EU beraten in Brüssel. Zentrales Thema der Gespräche ist die Sondertagung des Europäischen Rates zu Beschäftigungsfragen.

Europäisches Parlament (EP)

5.-6. November: Plenartagung des EP in Brüssel. Die zweitägige Debatte wird geprägt von besonders wichtigen politischen Fragen im Rahmen der Fragestunde, an der auch die Kommissionsmitglieder Kinnock und van den Broek teilnehmen. Im Mittelpunkt der Fragestunde steht die informelle Tagung der Außenminister in Mondorf im Oktober sowie die Straßenblockaden in Frankreich.

Arbeit und Soziales

6. November: Die Arbeits- und Sozialminister der Union beraten in Brüssel und sprechen dabei insbesondere über den Beschäftigungsgipfel des Europäischen Rates.

GASP / Kenia

7. November: In einer Gemeinsamen Erklärung begrüßen die Fünfzehn, daß das Parlament von Kenia Gesetze erlassen hat, die den Demokratisierungsprozeß untermauern und die Achtung der Menschenrechte gewährleisten sollen.

Allgemeine Angelegenheiten

10. November: Die fünfzehn Außenminister der EU beraten in Brüssel über die Lage in der Bundesrepublik Jugoslawien sowie über die Lage in den südosteuropäischen Ländern.

Forschung

10. November: Die für Forschung zuständigen Minister der Union kommen in Brüssel zu einer Tagung zusammen. Der wichtigste behandelte Punkt der Sitzung ist die Durchführung und Verwaltung der gemeinschaftlichen FTE-Programme.

Sozialer Dialog

13. November: In Brüssel findet das Gipfeltreffen des sozialen Dialogs statt, zu dem die europäischen Sozialpartner zusammenkommen, um ihren Beitrag zu den Vorbereitungen für die Sondertagung des Europäischen Rates über Beschäftigung auszuarbeiten.

Industrie

13. November: Tagung der Industrieminister der Union in Brüssel. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen die Themen: Politik der Wettbewerbsfähigkeit, Elektronischer Geschäftsverkehr, Eisen- und Stahlindustrie, Zukunft des EGKS-Vertrages, Schiffbau, Luft- und Raumfahrtindustrie.

Wirtschaft und Finanzen / Arbeit

17. November: In Brüssel tagen die Wirtschafts- und Finanzminister der Union. Zentrale Tagesordnungspunkte sind SEM 2000, technische Merkmale der Euro-Münzen, die Veröffentli-

chung der Wirtschaftsdaten für 1997 sowie Finanzdienstleistungen. Ferner wird der Sondergipfel zur Beschäftigung vorbereitet.

Landwirtschaft

17.-18. November: Im Mittelpunkt der zweitägigen Konferenz der Landwirtschaftsminister der EU in Brüssel stehen die Themen Landwirtschaft und Agenda 2000, BSE sowie die veterinär- und pflanzenschutzrechtlichen Gleichstellungsabkommen.

Europäisches Parlament (EP)

17.-21. November: In Straßburg findet die Plenartagung des EP statt. Dabei geht es im wesentlichen um den Vertrag von Amsterdam und den Bericht des nichtständigen Ausschusses des EP für die Weiterbehandlung der Empfehlungen zur spongiformen Rinderenzephalopathie. Im Bereich der Menschenrechte nimmt das EP Entschlüsse an zur Lage in Togo, zum Schutz der Kinder und ihrer Rechte, zu den Agrarreformen auf den Philippinen sowie zu den Inhaftierungen ohne Gerichtsverfahren in Malaysia.

GASP / USA

19. November: In einer Gemeinsamen Erklärung bedauern die Fünfzehn, daß der amerikanische Kongreß die Beratungen im Rahmen seiner Herbsttagung ohne die Verabschiedung eines Gesetzes über die Zahlung der gegenüber den Vereinten Nationen aufgelaufenen Beitragsrückstände ausgesetzt hat.

Ausschuß der Regionen (AdR)

19.-20. November: Unter dem Vorsitz von Pascal Maragall tagt der AdR in Brüssel. In Anwesenheit von Valéry Giscard d'Estaing, Kommissionspräsident Santer und den beiden Kommissionsmitgliedern Wulf-Mathies und Fischler nimmt der Stellungnahmen an zur Agenda 2000, zum Benchmarking, zur Qualität der Hochschulbildung sowie zur Strukturpolitik nach 1999.

Europäischer Rat

20.-21. November: In Luxemburg findet der Sondergipfel des Europäischen Rates statt. Dabei nimmt er in seinen Schlußfolgerungen insbesondere das Prinzip der von der Kommission vorge-

legten Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen für 1998 an.

Strukturierter Dialog

20. November: In Brüssel findet die Gemeinsame Ministertagung der EU und der assoziierten Länder Mittel- und Osteuropas über Bildungsfragen statt. Erörtert werden dabei die Fortschritte bei der Einbeziehung der assoziierten Länder in die Programme Sokrates, Leonardo sowie Jugend und Europa.

Bildung

20. November: Die für Bildungspolitik zuständigen Minister der EU beraten in Brüssel. Dabei geht es in erster Linie um die europäische Zusammenarbeit zur Qualitätssicherung in der Hochschulausbildung, die frühzeitige Vermittlung der Sprachen der EU, die Bewertung der Qualität der Schulbildung sowie um die Anerkennung der Vielfalt und Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Allgemeine Angelegenheiten

24.-25. November: Tagung der fünfzehn Außenminister der EU in Brüssel. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen die Halbzeitüberprüfung der Assoziationsregelung der ÜLG, das Europa-Mittelmeer-Abkommen mit Jordanien sowie das Abkommen mit dem Jemen.

Kultur

24. November: Die für Kulturfragen zuständigen Minister der EU beraten in Brüssel über die Bedeutung der Musik in Europa, die Europäische Kulturstadt, den Europäischen Garantiefonds zur Förderung der Film- und Fernsehproduktion sowie über die Buchpreisbindung.

Strukturierter Dialog

24. November: Im Rahmen des Strukturierten Dialogs beraten die für audiovisuelle Medien zuständigen Minister der EU mit ihren Amtskollegen aus den assoziierten Ländern über den Schutz Minderjähriger und den Schutz der Menschenwürde in den audiovisuellen Medien.

Europa-Mittelmeer-Abkommen

24. November: Im Rahmen der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft unterzeichnen die Vertreter

der EU mit ihren Amtskollegen aus Jordanien ein neues Abkommen, mit dem das 1977 unterzeichnete Kooperationsabkommen ersetzt wird. Das Abkommen enthält Suspensivklauseln, die eine Aussetzung der Vereinbarungen bei Nichtbeachtung der Menschenrechte ermöglichen.

Jemen

25. November: In Brüssel unterzeichnen die Vertreter der EU mit ihren Amtskollegen aus dem Jemen ein Kooperationsabkommen, das das Abkommen von 1984 ersetzt und eine Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Entwicklung, Wirtschaft und Kultur sowie im Bereich Umweltschutz, Wissenschaft und Technologie vorsieht.

EWK

25. November: In Brüssel tagt der EWK-Rat zum achten Mal. Dabei geht es insbesondere um das Funktionieren des EWK-Abkommens im Hinblick auf die Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes.

Fremdenverkehr

26. November: Die für Fremdenverkehr und Tourismusfragen zuständigen Minister der Union tagen in Brüssel. Dabei geht es um die Beschäftigung in der Tourismusbranche sowie um die Bekämpfung des Sextourismus mit Kindesmißbrauch.

Haushalt

27. November: Bei der Tagung der fünfzehn Haushaltsminister der EU in Luxemburg geht es ausschließlich um die Fortsetzung des Haushaltsverfahrens 1998.

Binnenmarkt

27. November: Die Binnenmarktminister der EU beraten in Luxemburg. Zentrale Themenschwerpunkte der Sitzung sind die Aktion Robert Schuman, das Programm Karolus, die Transparenz der Binnenmarktregelungen, der rechtliche Schutz biotechnologischer Erfindungen sowie die In-vitro-Diagnostika.

Entwicklung

28. November: Die für Entwicklungshilfe zuständigen Minister der Union beraten in Brüs-

sel über die Entschließung zur Mikrofinanzierung, die künftigen EU-AKP-Beziehungen, die Verlängerung des Getreidehandel-Abkommens, die Region der Großen Seen sowie über die Gleichheit der Geschlechter in der Entwicklungszusammenarbeit.

Dezember

Klima-Konferenz

1.-10. Dezember: In Kyoto findet die internationale Konferenz über Klimaänderungen statt, auf der sich die meisten Industrieländer zur Verringerung der Treibhausgase bis zum Jahr 2010 verpflichten.

Westeuropäische Union (WEU)

1.-4. Dezember: In Paris tagt die Beratende Versammlung der 115 Parlamentarier aus den WEU-Mitgliedstaaten und den mit der WEU assoziierten Ländern. In einer Rede hebt der NATO-Generalsekretär Solana die enge Zusammenarbeit zwischen NATO und WEU hervor und spricht sich dabei für eine Verlängerung des SFOR-Mandats aus.

Wirtschaft und Finanzen

1. Dezember: Tagung der Wirtschafts- und Finanzminister in Brüssel über Fragen der Steuerpolitik, des Fiscalis-Programms, der Vorbereitung der dritten Stufe der WWU sowie des elektronischen Geschäftsverkehrs.

Telekommunikation

1. Dezember: Bei der Tagung der Telekommunikationsminister der EU in Brüssel geht es um folgende Themen: Übertragbarkeit von Nummern und Betreibervorauswahl; Förderung der Informationsgesellschaft in Europa; Sicherheit und Vertrauen in elektronische Kommunikation; Strategische und politische Leitlinien für die weitere Entwicklung der Drahtloskommunikation.

GASP / Antipersonenminen

2.-4. Dezember: In Ottawa tagt die internationale Konferenz über Antipersonenminen. Zum Abschluß der Konferenz unterzeichnen die Teilnehmer ein Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der

Weitergabe von Antipersonenminen und deren Vernichtung.

Europäisches Parlament (EP)

3.-4. Dezember: Plenartagung des EP in Brüssel. Im Mittelpunkt der Tagung steht die Aussprache über die Erweiterung und das künftige Finanzierungssystem der EU im Rahmen der Agenda 2000. Das EP nimmt ferner Stellungnahmen an zur Wirtschaftspolitik in der dritten Stufe der WWU und zu den Strukturinterventionen in Belgien.

EFTA

3. Dezember: In Genf findet das vierteljährlich stattfindende Ministertreffen der EFTA-Staaten statt, bei dem es um die Beziehung EU-EFTA als auch um den Antrag Kanadas auf Aufnahme von Freihandelsbeziehungen geht.

EU – Kanada

4. Dezember: In Ottawa findet das Treffen EU-Kanada im Rahmen der Transatlantischen Erklärung statt. Das zentrale Ereignis des Treffens ist die Unterzeichnung eines Abkommens über die Zusammenarbeit und Amtshilfe im Zollbereich.

Justiz und Inneres

4.-5. Dezember: Die für Justiz und Inneres zuständigen Minister der Union beraten in Brüssel über das Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Ehesachen sowie über den Anhang zum Übereinkommen über die Zuständigkeit von Europol für die Bekämpfung des Menschenhandels.

Gesundheit

4. Dezember: Die Gesundheitsminister der EU treffen sich in Brüssel. Im Mittelpunkt der Beratungen steht das Verbot der Werbung für Tabakerzeugnisse, die gesundheitliche Situation der Frauen in der Gemeinschaft sowie die Task-Force EU-USA für übertragbare Krankheiten.

Strukturierter Dialog

5. Dezember: Gemeinsame Ministertagung der Justiz- und Innenminister der EU und der mit ihr assoziierten Länder im Rahmen des Strukturier-

ten Dialogs. In Anwesenheit von Kommissionsmitglied Gradin führen die Teilnehmer einen Gedankenaustausch über die Zusammenarbeit der Justiz in Zivil- und Strafsachen.

EU – Malta

5. Dezember: Neunte Tagung des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses EU-Malta, auf der der Außenminister Malτας, Vella, die Position seiner Regierung zu dem zurückgezogenen Beitritts-gesuch erläutert.

EU – USA

5. Dezember: In Washington findet im Rahmen der Transatlantischen Erklärung ein Treffen EU-USA statt. In Anwesenheit von US-Präsident Clinton beraten die Teilnehmer über das Helms-Burton- sowie über das d'Amato-Gesetz und unterzeichnen außerdem eine Reihe gemeinsamer Erklärungen zum elektronischen Geschäftsverkehr und zu den Klimaveränderungen. Auf der Tagung wird auch das Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit unterzeichnet.

Allgemeine Angelegenheiten

8. Dezember: Die Außenminister der Union beraten in Brüssel über Kuba, das neue Abkommen mit Mexiko, die Vorbereitung des Europäischen Rates in Luxemburg sowie über die Agenda 2000.

EU – Mexiko

8. Dezember: In Brüssel unterzeichnen die Vertreter der EU mit ihren Amtskollegen aus Mexiko ein Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft, politische Koordinierung und Zusammenarbeit sowie ein Interimsabkommen.

Energie

8. Dezember: Die für energiepolitische Fragen zuständigen Minister der EU beraten in Brüssel. Tagesordnungspunkte des Treffens sind die gemeinsamen Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt, Alterner II, Synergy sowie die Gemeinschaftsstrategie zur Förderung der Kraft-Wärme-Koppelung.

Verkehr

10.-11. Dezember: Treffen der Verkehrsminister der Gemeinschaft in Brüssel. Bei der Zusammenkunft beraten die Minister insbesondere über internationale Normen für die Schiffssicherheit, die Verhütung von Verschmutzung und die Lebens- und Arbeitsbedingungen an Bord von Schiffen, die Flüge über sibirisches Gebiet, das Übereinkommen über ein globales Navigations-satellitensystem sowie über die Harmonisierung der Sozialvorschriften für das Straßenverkehrsgewerbe.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

10.-11. Dezember: Unter dem Vorsitz von T. Jenkins tagt der WSA und nimmt dabei Stellungnahmen an zu folgenden Themen: Sozialschutz in der EU, Europäische Umweltagentur, Mobilkommunikation in Europa, GMO für Rohtabak, Fischerei in den äußersten Randlagen, ergänzende Altersversorgung im Binnenmarkt.

Europäischer Rat

12.-13. Dezember: Der Europäische Rat tagt in Luxemburg, um die Beschlüsse zu treffen, die für den Erweiterungsprozeß erforderlich sind. Die fünfzehn Staats- und Regierungschefs beschließen mit Slowenien, Polen, Ungarn, Tschechien, Estland sowie Zypern Beitrittsverhandlungen aufzunehmen, während die übrigen Bewerberländer sowie auch die Türkei in eine Europa-Konferenz eingebunden werden.

Arbeit und Soziales

15. Dezember: In Brüssel beraten die Arbeits- und Sozialminister der EU über die Leitlinien für die Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten für 1998, die Rahmenvereinbarung über Teilzeitarbeit, die Beweislast bei Diskriminierung aufgrund des Geschlechts sowie über Gemeinschaftszuständigkeiten in bezug auf Analyse, Forschung und Zusammenarbeit im Bereich der Beschäftigung und des Arbeitsmarktes.

Europäisches Parlament (EP)

15.-19. Dezember: Plenartagung des EP in Straßburg. Im Mittelpunkt der viertägigen Sitzung stehen die Abstimmung über den Haushalt 1998 in zweiter Lesung sowie die Aussprachen über die Tagungen des Europäischen Rates von Luxemburg, die internationale Konferenz von Kyoto,

die Fortschritte im Bereich Justiz und Inneres sowie die Menschenrechte und die Leistungen der Daseinsvorsorge.

Landwirtschaft

15.-16. Dezember: Die fünfzehn Landwirtschaftsminister der EU kommen in Brüssel zu einer Tagung zusammen. Dabei geht es vor allem um die Ausfuhrerstattungen und das Wohlbefinden der lebenden Rinder, die Beihilfen für Zuckerrübenzüchter in Portugal, die GMO für Milch und Milcherzeugnisse, die Zugeständnisse gegenüber den Ländern des Mittelmeerraumes sowie um die Grundregeln für die Veterinärkontrollen von aus Drittländern in die Gemeinschaft eingeführten Erzeugnissen.

Schengen

15. Dezember: In Wien beschließt der Schengen-Exekutivsausschuß Maßnahmen gegen die illegale Einwanderung aus dem Irak und legt außerdem den Beginn der Harmonisierung der Visumpolitik auf den 1.1.1999.

Umwelt

16. Dezember: Die EU-Umweltminister beraten in Brüssel über die Verbringung bestimmter Abfallarten in bestimmte nicht der OECD angehörende Länder, über die Gemeinschaftsstrategie gegen die Versäuerung sowie über die Strategie der Gemeinschaft im Bereich der biologischen Vielfalt.

Fischerei

18.-19. Dezember: Die fünfzehn Fischereiminister der EU beraten in Brüssel über die zulässigen Gesamtfangmengen für roten Thun und Schwertfisch, über die Festsetzung von Maßnahmen zur Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischbestände für Schiffe unter färöischer Flagge für 1998 sowie über die Aufteilung bestimmter Fangquoten für in den Gewässern der Färöer fischende Fischereifahrzeuge auf die Mitgliedstaaten für 1998.

OSZE

18.-19. Dezember: In Kopenhagen beraten die Außenminister der 54 OSZE-Staaten zusammen mit ihren Amtskollegen aus dem Mittelmeerraum sowie Vertretern der EU und vereinbaren dabei

Leitlinien für eine europäische Sicherheitscharta sowie ein System zur Finanzierung von OSZE-Missionen. Ferner einigen sie sich auf einen OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit.

GASP / Ruanda

18. Dezember: In einer Gemeinsamen Erklärung verurteilen die Fünfzehn mit äußerster Entschiedenheit den Angriff auf das Lager der aus dem Kongo stammenden Tutsi-Flüchtlinge. Sie fordern die betroffenen Parteien dazu auf, ein Klima zu schaffen, das der Aussöhnung zwischen allen Volksgruppen der Region förderlich ist.

Zollzusammenarbeit

18. Dezember: Die Vertreter der einzelnen EU-Mitgliedstaaten unterzeichnen das Neapel-II-Übereinkommen über gegenseitige Amtshilfe und Zusammenarbeit der Zollverwaltungen. Das Abkommen sieht Verfahren vor, wonach die EU-

Mitgliedstaaten einander Amtshilfe leisten und über ihre Zollverwaltungen zusammenarbeiten.

EGKS

18. Dezember: In Luxemburg findet die 338. ordentliche Tagung des Beratenden EGKS-Ausschusses statt. Die behandelten Punkte sind das Europa-Mittelmeer-Abkommen mit Jordanien, die Europa-Abkommen mit Estland, Lettland und Litauen, das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Rußland sowie die Protokolle zur Anpassung der institutionellen Aspekte der Europa-Abkommen mit den assoziierten Ländern Mittel- und Osteuropas.

GASP / Mexiko

24. Dezember: In einer Gemeinsamen Erklärung verurteilen die Fünfzehn das Massaker, das paramilitärische Gruppen im Bundesstaat Chiapas an Tzotzil-Indianern verübt haben und bei dem 46 Zivilpersonen ums Leben gekommen sind.